

Stenografischer Bericht

50 ao. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 10. April 2019

Beginn: 09.01 Uhr

Entschuldigungen: LTAbg. Bauer, LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann, LTAbg. Gangl und LTAbg. Riener.

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

D1. Einl.Zahl 3244/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Mag. Drexler
betreffend *Bezirk Liezen erteilt schwarz-roten Spitalsschließungsplänen eine klare Absage – wie lange will die Landesregierung den Willen der Bürger ignorieren?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Hermann (9125)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Drexler (9128),

Wortmeldungen: LTAbg. Schönleitner (9138), LTAbg. Meißl (9143), LTAbg. Dr. Murgg (9146), LTAbg. Royer (9150), LTAbg. Kolar (9153), LTAbg. Klimt-Weithaler (9155), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (9159), LTAbg. Mag. Hermann (9162), LTAbg. Grubesa (9164), LTAbg. Tschernko MSc (9167), LTAbg. Royer (9170), LTAbg. Krautwaschl (9171), Landesrat Mag. Drexler (9174)

Beschlussfassung: (9178)

Präsidentin Dr. Vollath: Hohes Haus! Es findet heute die fünfzigste Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt und es handelt sich heute um eine außerordentliche Sitzung.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze und die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Mir liegen vier Entschuldigungen vor. Entschuldigt sind die Abgeordneten Renate Bauer, Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Anton Gangl und Barbara Riener.

Am 09. April 2019 wurde von Abgeordneten der FPÖ beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gemäß Artikel 15 L-VG iVm § 40 Abs. 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grund wurde die heutige Sitzung einberufen.

Die Tagesordnung ist allen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das sehe ich nicht.

Es wurden acht Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht, außerdem wurden zwölf Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über und ersuche um Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung.

Am Dienstag, dem 09. April, wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3244/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „Bezirk Liezen erteilt Schwarz-Roten Spitalsschließungsplänen eine klare Absage – wie lange will die Landesregierung den Willen der Bürger ignorieren?“ eingebracht.

Ich erteile Klubobmann LTAbg. Mag. Stefan Hermann das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Landesrat Mag. Christopher Drexler und verweise auf die Redezeitbegrenzung von 20 Minuten für die Begründung der Anfrage.

LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (09.06 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher!

Die Pläne der Landesregierung, von SPÖ und ÖVP, im Bezirk Liezen drei bestehende Spitäler zu schließen und um mindestens 250 Millionen Euro ein neues Zentralkrankenhaus zu errichten, sind seit langer Zeit bekannt. Genauso lange, wie diese Pläne bekannt sind, gibt es auch berechtigte Kritik an diesem Vorhaben auf allen Ebenen. So konnte bis heute nicht geklärt werden, wie die Nachnutzung der bestehenden Häuser aussieht. Die Finanzierung ist nach wie vor offen. Eine gegebene Jobgarantie von Ihnen, Herr Landesrat, wurde durch den Geschäftsführer des Spitals in Schladming, der Diakonissen, quasi für falsch erklärt. Er meinte, er könne diese Jobgarantie nicht abgeben. Es konnte seitens der Landesregierung auch kein klares Bild gezeichnet werden, wie denn eine Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen in Zukunft aussehen soll. Was war bisher bis Sonntag bekannt? Es gab diese Pläne der Landesregierung und es gab ein kontaminiertes Grundstück. Jetzt sind wir um ein Faktum reicher, nämlich die Bevölkerung hat am Sonntag ein klares Nein zu den Schließungsplänen ausgesprochen. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen)* 17.512 Liezener stimmten mit Nein. Sie sagten Nein zur Zentralisierung, Nein zur Ausdünnung des ländlichen Raumes, Nein zum Abzug von Arbeitsplätzen aus der Region, Nein zu einer unklaren Finanzierung und Nein zu einem Anschlag auf die Gesundheitsversorgung im Bezirk. Bei aller Kreativität, die an den Tag gelegt wurde, um dieses Ergebnis zu interpretieren und umzudeuten, kann man nicht weglegen, dass mit 42,18 % an Beteiligung ein deutliches und starkes Zeichen gesetzt wird. *(Beifall bei der FPÖ und den Grünen)* Setzt man diese Beteiligung von 42,18 % in Relation zu einer EU-Wahl, wo es in der letzten EU-Wahl 42,55 % Beteiligung auch gab, dann wird deutlich, dass man hier den Bürgerwillen nicht ignorieren kann. Spannend ist auch

der Vergleich mit der letzten Landtagswahl im Bezirk Liezen. Es hat weder die SPÖ noch die ÖVP mehr Stimmen bei dieser Landtagswahl erreicht als die 17.000, die für ein Nein votierten. Dieses deutliche Zeichen, diese hohe Beteiligung war trotz schwieriger und nicht einfacher Rahmenbedingungen am Sonntag der Fall. Was meine ich damit? Es gibt nach dem Volksrechtegesetz nicht die Möglichkeit einer Briefwahl und auch keine Möglichkeit an einem vorgezogenen Wahltag seine Stimme auch abzugeben. Das sind sicher noch Punkte, über die wir uns unterhalten müssen und vielleicht da und dort auch das Volksrechtegesetz auch „nachscharfen“. Sicher nicht förderlich für die Beteiligung waren auch die demokratiepolitisch fragwürdigen Aussagen der Landesregierung, als wir gemeinsam mit der KPÖ die Volksbefragung initiierten, als dort gesagt wurde – von Ihnen, Herr Landesrat: „Ein Bezirk wird meine Pläne nicht zunichtemachen.“ Und trotz dieses klaren Votums verharrt die Landesregierung unmissverständlicherweise in ihrer Bestemmhaltung. Die Aussagen der Regierer und der regionalen Abgeordneten, die am Tag der Wahl getätigt wurden, sind, ja, unmissverständlich und nahezu lächerlich. So beteuerte jeder, man würde das Ergebnis ernst nehmen, konkrete Taten bleiben aber aus. An dieser Stelle sei sämtlichen Abgeordneten und sämtlichen Regierern wieder in Erinnerung gerufen, dass das Recht immer noch vom Volk ausgeht (*Beifall bei der FPÖ*) und ein abgehobenes Hinwegsetzen über die Interessen der Bürger hat hier herinnen definitiv keinen Platz. Es ist nicht nur der Gesundheitsreferent gefordert seine Linie zu ändern, wir hätten uns und die Steirer hätten sich vor allem auch klare Worte der Regierungsspitze erwartet. Ich sehe es als demokratiepolitische Verantwortung eines Landeshauptmannes und dessen Stellvertreter, dem Votum in Liezen auch Rechnung zu tragen. Leider sind klare Worte vom Herrn Landeshauptmann in dieser Causa ausgeblieben. Trauriger als die Nicht-Stellungnahme des Landeshauptmannes und des zuständigen Landesrates, etwas trauriger ist noch die Reaktion der Sozialdemokratie – einer Sozialdemokratie, die offensichtlich in dieser Frage tief gespalten ist. Es ist erfreulich, dass es im Bezirk Liezen zumindest den einen oder anderen Sozialdemokraten gibt, der sich für das Votum der Bevölkerung auch ausspricht. (*Beifall bei der FPÖ*) Ich möchte da den Vizebürgermeister von Rottenmann, Klaus Baumschlager, oder auch die Bürgermeisterin von Liezen ins Treffen führen, die meinten, ein klares Votum ist am Sonntag passiert, das auch umzusetzen ist. Es gibt auch Ortsparteien, Ortsgruppen im Bezirk Liezen der SPÖ – Bad Aussee, Grundlsee etc., die Stimmung machen gegen die Zentralisierungspläne und das sind, was sie auch sein müssten, nämlich echte Volksvertreter. (*Beifall bei der FPÖ*) Will man hingegen die Meinung der Landespartei der SPÖ zu diesem Projekt auch hören, dann müsste

man im Karmeliterplatz in der ÖVP-Zentrale nachfragen. Denn das Motto, das jetzt in dieser ehemaligen Reformpartnerschaft herrscht, in dieser Zwangsehe, die jetzt gelebt ist, ist offensichtlich, Landeshauptmann Schützenhöfer sagt: „Spring.“ Und Michael Schickhofer fragt: „Wie hoch?“ Da erwarten sich die Bürger sicher ein anderes Vorgehen der Sozialdemokratie. Wenn es so weitergeht, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, wird das Einzige, was noch geschlossen hinter dir steht, das werden die drei Spitäler im Bezirk Liezen sein, wenn wir es gemeinsam mit den Bürgern nicht verhindern. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen)* Aber es geht heute nicht um die Psychoanalyse einer Partei wie der SPÖ, sondern es geht um die Bürger im Bezirk Liezen. Die haben dem Prestigeobjekt der Landesregierung eine klare Absage erteilt. Traurig, dass das Schließen eines Krankenhauses – ah, das Schließen von drei Krankenhäusern – das Leitprojekt dieser Landesregierung sein soll. Wie wenig verwunderlich, wenn man sich den Schließungswahn auch anschaut, den diese Regierung in den letzten Jahren gelebt hat – Schulschließungen sind vorgenommen worden, Gemeindeämter hat man zugesperrt und Krankenhäuser und Krankenhausabteilungen wurden geschlossen. Hier noch von einer Zukunftspartnerschaft zu sprechen, ist wirklich nur mehr absurd. Es wäre Selbstreflexion angebracht gewesen, jedoch hat man vergebens auf Einsicht gewartet. Wir sind den Steirern im Wort, daher sehen wir es auch als unsere Pflicht an, sicherzustellen, dass das Ergebnis der Volksbefragung nicht ignoriert wird. Deshalb, meine geschätzten Damen und Herren, haben wir heute den Landtag zu einer Sondersitzung zusammengerufen. Sie, geschätzter Herr Landesrat Drexler, haben einen klaren Auftrag der Bevölkerung bekommen, nämlich von Ihren Plänen abzugehen und Alternativen vorzulegen. Es wird hier auch einen gemeinsamen Antrag der Oppositionsparteien geben, denn im Gegensatz zu Ihnen reden wir miteinander, wir stimmen uns ab, blenden trotz aller ideologischer Unterschiede in wesentlichen Sachfragen auch diese Unterschiede aus und arbeiten zum Wohle der Bevölkerung. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen)* Auch Sie, Herr Landesrat, haben gesagt, Sie wollen das Ergebnis ernst nehmen und diese Aussagen von Ihnen stehen jetzt mit den folgenden Fragen am Prüfstand.

Ich darf die Fragen nun verlesen. Es wird daher folgende Dringliche Anfrage gestellt:

1. Werden Sie den Willen der Bevölkerung im Bezirk Liezen respektieren und den Erhalt der drei bestehenden Spitalsstandorte in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming über das Jahr 2025 hinaus sicherstellen?
2. Falls ja, wie gestalten sich Ihre diesbezüglichen Pläne?

3. Falls Sie den Erhalt der besagten Spitäler nicht sicherstellen werden, wie können Sie dies insbesondere aus demokratiepolitischer Sicht verantworten?
4. Haben Sie den Ausgang der Volksbefragung im Bezirk Liezen bereits mit weiteren Mitgliedern der Landesregierung besprochen?
5. Falls ja, haben einzelne Landesregierungsmitglieder auf Sie eingewirkt, den erklärten Willen der Bürger im Bezirk Liezen zu respektieren und entsprechend umzusetzen?
6. Falls ja, welche Landesregierungsmitglieder haben sich bei Ihnen gemeldet?
7. Welche Kosten sind Ihrem Ressort bzw. der KAGes seit der Initiierung der Volksbefragung im Bezirk Liezen aufgrund von Inseraten und anderen Maßnahmen, die die Bevölkerung von den Zentralisierungsplänen überzeugen sollten, jeweils erwachsen?
8. Warum wurde seitens Ihres Ressorts, seitens der KAGes bzw. vom Gesundheitsfonds nicht objektiv über die Vor- und Nachteile der Zentralisierungspläne informiert, sondern in den jeweiligen Inseraten nur die Vorzüge eines Zentralkrankenhauses beworben?
9. Wie beurteilen Sie als Gesundheitslandesrat die Aussagen von Peter Stückelschweiger, Geschäftsführer der Klinik Diakonissen Schladming, der laut „Kleiner Zeitung“ vom 3. April 2019 bei einer Bürgerversammlung in Schladming am 2. April festhielt, dass es eine Jobgarantie für alle Mitarbeiter des Spitals nicht gäbe?
10. Entspricht diese Aussage den Tatsachen oder gilt die von Ihnen gegebene Garantie, dass alle Mitarbeiter in den jeweiligen Unternehmungen weiterhin eine Beschäftigung finden werden?

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Beantwortung der Fragen. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen – 09.17 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich erteile nun Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage und verweise auf die Redezeitbegrenzung von 30 Minuten.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (09.17 Uhr): *(LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Das Mikro geht nicht.“ Präsidentin Dr. Vollath: „Moment. Entschuldigung Herr Landesrat, jetzt!“)* Ja, die Tontechnik und der Landtag Steiermark, das ist eine unergründliche Beziehung.

Meine sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf sagen, dass es sehr erfreulich ist, dass wir uns so zeitnah zum vergangenen Sonntag hier im Hohen Haus der Steiermark mit dem Thema der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen neuerlich beschäftigen können. Denn ich möchte mich mit der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen insgesamt beschäftigen, das wird zum Teil von den Vertreterinnen und Vertretern der Opposition ein wenig kurzgefasst und lediglich auf die Frage von Spitalsstandorten reduziert. Tatsächlich hat uns der vergangene Sonntag ein klares und eindeutiges Stimmungsbild aus dem Bezirk Liezen zu den Plänen, die drei bestehenden Krankenhäuser durch ein kräftiges Leitspital zu ersetzen, gezeigt. Ein aktuelles Stimmungsbild, das ist auch Aufgabe einer Volksbefragung. Wenn Sie im Gesetz nachschauen, dient eine Volksbefragung zur Erforschung der Meinung der Bevölkerung – also, ein aktuelles Stimmungsbild. (*LTabg. Schönleitner: „Genau.“*) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe bereits am Sonntag gesagt, dieses aktuelle Stimmungsbild ist für mich Auftrag Verunsicherungen abzubauen und Ängste zu nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Wir negieren dieses Stimmungsbild nicht, ganz im Gegenteil. Ich bekenne ganz klar ein, es ist die sachliche Argumentation, es ist das rationale Argument zu wenig, um tatsächlich eine emotionale Bindung zu einem Zukunftsprojekt aufzubauen und genau um diese emotionale Bindung zu einem notwendigen Zukunftsprojekt wird es mir auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den nächsten Wochen und Monaten gehen. Aber es ist auch ein Auftrag neuerlich der gezielten Desinformation entgegenzutreten, die es hier auch gegeben hat, um klar und deutlich zu vermitteln, worum es eigentlich geht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das eigentliche Ziel wird alle hier im Hohen Haus vertretenen Fraktionen, ja jeden einzelnen Abgeordneten und jede einzelnen Abgeordnete einen. In Wahrheit geht es nämlich darum, für die Menschen in diesem Land, für die Steirerinnen und Steirer, die bestmöglich qualitätsvolle und flächendeckende Gesundheitsversorgung aufzubauen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es bleibt dabei. Wir haben in einem breiten Prozess, wie ich ihn selten erlebt habe – mit vielen Ärztinnen und Ärzten, mit Pflegekräften, mit Gesundheitsexpertinnen und –experten, mit unseren Partnerinnen und Partnern, wenn es darum geht die Gesundheitsversorgung der Steiermark sicherzustellen, vom Roten Kreuz bis zu den Notärzten, von Hebammen bis zu Krankenschwestern –, einen Gesundheitsplan 2035 uns gemeinsam als Ziel erarbeitet, der einen ganzheitlichen Blick auf die Zukunft der Gesundheitsversorgung in diesem Land lebt. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass in diesem Plan der richtige Weg für die Steiermark gezeichnet wird

und ich sehe es als ganz persönlichen Auftrag auch, möglichst viele Steirerinnen und Steirer davon zu überzeugen auf diesem Weg mitzugehen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Mich erreichen in diesen Tagen sehr viele Zuschriften, Mails, Briefe, ich führe viele persönliche Gespräche. Ich darf, zur Enttäuschung der Opposition möglicherweise, sagen, es ist eine überwältigende Anzahl an Zuschriften auch, die uns auffordert den eingeschlagenen Weg weiter voranzugehen, die uns auffordert an diesem Gesundheitsplan festzuhalten und nicht lockerzulassen, dieses Schiff auch in rauer See sozusagen auf Kurs zu halten. Aber natürlich erreichen mich auch Zuschriften und Meinungen, die mir zeigen, wie viel Sorge es gibt, wie viel Verunsicherung es gibt. Wenn mir eine Mutter schreibt, was sie erlebt, wenn sie mit ihrem Kind zu einem der drei Standorte im Bezirk Liezen fährt und mir schreibt, wie furchtbar es wäre, wenn sie noch weiter fahren würde usw. usw.; wenn sich jemand um seinen 96-jährigen Großvater sorgt aus dem Ausseer-Land und eben der Meinung ist, dass das Problem, das es da gegeben hat, nur mit dem Krankenhaus in Bad Aussee zu beheben gewesen wäre. Viele solcher Zuschriften, die mir sehr viel zu denken geben, weil ich am liebsten mit jedem Einzelnen, mit jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger von Anfang an die Fragen der Gesundheitsversorgung durchdiskutieren würde, unser System erklären würde. Von der 24-Stunden/365 Tage im Jahr Notarztversorgung angefangen über den niedergelassenen Bereich, über die neuen Gesundheitszentren, über die hier in diesem Haus so trefflich gestritten wird und über die so viel geredet wird, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, was unser gemeinsamer Auftrag wäre? Den Bürgerinnen und Bürgern einmal zu erklären, was so ein Gesundheitszentrum ist. *(LTAvg. Schönleitner: „Das haben Sie verabsäumt.“)* Lieber Herr Klubobmann, hören Sie auf mit den politischen Reflexen. Ich habe gar nichts verabsäumt. Sie wissen gar nicht, wie viel an Erklärungsarbeit ich geleistet habe, aber ich bekenne ein, dass wir nicht jeden Bürger und jede Bürgerin erreichen. Weil, ich sage Ihnen eines, wenn ich ein ausführliches Gespräch führe, darüber, was ein Gesundheitszentrum ist, ob das etwas Sinnvolles oder nicht Sinnvolles ist, habe ich noch von keinem einzigen Bürger gehört, dass ein Gesundheitszentrum mit langen Öffnungszeiten, mit interprofessioneller und multiprofessioneller Versorgung, mit mehreren Ärztinnen und Ärzten ein Blödsinn ist. Jeder hat mir noch gesagt: „Das ist eine gute Idee“, Herr Klubobmann. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich nehmen wir die Bürgerinnen und Bürger ernst und natürlich nehmen wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst. Aber wir wollen diese Sorgen ernst nehmen und Ängste nehmen. Was einige von Ihnen hier im Raum in den letzten Wochen getan haben,

war das genaue Gegenteil davon. Sie haben Verunsicherung gesät und Ängste geschürt, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das ist nicht der Politik-Zugang dieser Regierung. Wir haben einen anderen Politik-Zugang, der sehr viel mit dem Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu tun hat, der mit respektvollem Umgang zu tun hat und der unermüdlich dahin wirken wird für Zustimmung und Verständnis für den eingeschlagenen Weg zu werben. Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es war bei der Sonntagabend-Berichterstattung in „Steiermark Heute“, wo bei diesen Interviews, die gemacht worden sind, u.a. ein Interviewter sinngemäß gesagt hat: „Ja, was soll der ganze Blödsinn, nur, weil sich einer in Graz etwas einbildet?“ Ich habe zuerst schon einmal auseinandergesetzt, dass dieses Konzept nicht dem verwirrten Geist eines Einzelnen entsprungen ist, sondern einem sehr breiten Prozess. Aber wissen Sie, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen noch etwas und auch jenen, die vielleicht auch dieser Argumentation gefolgt sind: „Da gibt es ein Prestigeprojekt von irgendeinem Verrückten, der die Welt außerhalb von Graz nicht kennt und hier sozusagen das schöne Leben in Graz genießt.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegt die gesamte Steiermark am Herzen. Diese Landesregierung ist eine weiß-grüne Landesregierung, die die Verantwortung für die Steiermark ernst nimmt, und „der Eine in Graz“, wie die ganze Regierung, könnte es sich viel leichter machen und ein viel angenehmeres und bequemer Leben haben, wenn wir einfach den in Österreich so beliebten politischen Weg „des Weiterwurschtelns“ gehen würden – „des schau‘n wir einmal, dann sehn wir es schon“, des Dahinverwaltens. Das ist aber eine Regierung, die nicht „dahinverwalten“ will, das ist eine Regierung, die die Gestaltung der Zukunft als ihr Programm ausgesucht hat, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und die Zukunft ist immer ungewiss und von Risiken behaftet. Der bequeme Weg ist Anwalt des Ist-Zustandes zu sein. Wer Anwalt des Ist-Zustandes ist, geht kein großes Risiko ein, aber wer Anwalt des Ist-Zustandes ist, versäumt es möglicherweise die Weichen für die Zukunft zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Weil, wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir könnten es uns viel leichter machen, wir könnten diesen Weg des Dahinverwaltens gehen. Aber ich werde Ihnen sagen, was diesem Entwurf entgegensteht. Diesem Entwurf steht das entgegen, was vielmehr eine Regierung ausmacht als eine Opposition. Dem steht entgegen das, was letztlich der Kern von Regieren ist – nämlich Verantwortung, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*. Insofern ist unsere Aufgabe Aufklärung, das können Sie von mir aus auch in einem geistesgeschichtlichen Kontext sehen. Unsere Aufgabe ist Aufklärung. Unsere Aufgabe ist

nicht Aufhetzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte gar nicht über Gebühr auf die Einleitung des Herrn Klubobmannes Hermann eingehen, aber es sind schon einige Dinge, die ich für bemerkenswert halte, wenn vom kontaminierten Grundstück die Rede ist, wenn von der offenen Finanzierung die Rede ist, wenn von den Arbeitsplätzen die Rede ist. Also bewusstes Missverstehen will ich nicht als das Privileg der Opposition gelten lassen, denn Sie wissen gut und aus vielen Debatten in diesem Haus, dass just diese Kritik nicht die entscheidende ist. Sie haben auch nicht wegen der angeblich nicht vorhandenen Finanzierungsdetails diese Volksbefragung initiiert und auch nicht wegen irgendwelcher Arbeitsplatzgarantien. Sie haben diese Volksbefragung initiiert, weil Sie der Meinung waren, Sie können sich auf ein Meinungsklima draufsetzen und für die Landtagswahl billige Punkte machen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Streuen Sie uns keinen Sand in die Augen. Ich werde auf diese sogenannten Argumente dann noch allenfalls in der Debatte eingehen, möchte aber unter den strengen Blicken der Frau Präsidentin nicht wieder einmal das Zeitkorsett überstrapazieren und komme damit zur Beantwortung der konkreten Fragen.

Bezugnehmend auf Frage eins darf ich Ihnen sagen, dass ich eigentlich in der Einleitung schon das meiste gesagt habe und ich Ihnen weiterhin sage, dass es die Verantwortung als zuständiges Regierungsmitglied ist, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im Bezirk Liezen, wie in der ganzen Steiermark, nachhaltig und langfristig sicherzustellen. Nachdem wir zutiefst davon überzeugt sind, dass das ohne strukturelle Veränderungen schon in naher Zukunft zu erheblichen Problemen führen wird, haben wir uns als Steiermärkische Landesregierung dazu entschlossen jenen Weg zu gehen, den auch die überwiegende Mehrheit aller Fachleute für den geeignetsten hält. Wir wollen ein starkes Leitspital in der Mitte der Versorgungsregion etablieren und um ein dichtes Netz von Facharzt- und Gesundheitszentren sowie die Ärztinnen und Ärzte im niedergelassenen Bereich ergänzen. So sieht unseres Erachtens und nach Meinung aller maßgeblichen Expertinnen/Experten in diesem Bereich eine Gesundheitsversorgung mit Zukunft aus, das wollen wir auch umsetzen. Damit erübrigt sich im Wesentlichen die Frage zwei und ich komme zur Frage drei. Zur demokratiepolitischen Sicht: Ich habe Ihnen vorweg schon einmal gesagt, was eine Volksbefragung ist. Sie tun ja letztlich dem Institut der Volksbefragung nichts Gutes, wenn Sie es in eine Volksabstimmung uminterpretieren und wenn Sie den Charakter dieses demokratiepolitischen Instruments im Vorfeld schon verwässern und so tun, als würde tatsächlich hier eine Abstimmung stattfinden. Tatsächlich dient die Volksbefragung der Erforschung der Meinung der Bevölkerung und wir haben mithin ein aktuelles Meinungsbild

im Bezirk Liezen bekommen. Ganz abgesehen davon, darf ich Ihnen sagen, wenn Sie die demokratische Legitimation ansprechen und wenn Sie in völliger Unkenntnis der Bedeutung von verfassungsrechtlichen Vorschriften hier zitieren „Alles Recht geht vom Volke aus“, das hat mit Ihrer Volksbefragung nicht direkt etwas zu tun, aber das ist etwas für staatswissenschaftliche Vorlesungen und hat hier nichts verloren. Ich kann Ihnen Folgendes sagen: Die demokratische Legitimierung dieses Landtages erfolgt aufgrund der Landtagswahlen. Die Landtagswahlen entscheiden über die Zusammensetzung des Landtages. Dieser Landtag wiederum wählt eine Landesregierung, die demokratisch legitimiert ist. Wir bekennen uns in Österreich dem Grunde nach zum Prinzip der repräsentativen Demokratie, die im Einzelfall durch direktdemokratische oder plebiszitäre Elemente ersetzt wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, repräsentative Demokratie erfordert von einer Regierung die Bereitschaft zu Entscheidungen. Viel zu oft haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in dieser Republik Regierungen nicht entschieden. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Das hat zu Recht für Unzufriedenheit gesorgt, das hat für ein Gefühl des Stillstandes gesorgt, das hat zu einem Gefühl des vorhin von mir angesprochenen „Dahinwurschtelns“ gesorgt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Regierung verpflichtet sich zu entscheiden, wohl überlegt und gut zu entscheiden und diese Entscheidungen auch umzusetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und gut begründete Sachentscheidungen sind eben die Aufgabe einer solchen Regierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch einiges zur Interpretation der Volksbefragung gesagt worden. Hierzu ist nur eines zu sagen und das hat ja auch Klubobmann Hermann nicht bestritten, die überwältigende Mehrheit der Wahlberechtigten des Bezirks Liezen hat an dieser Befragung nicht teilgenommen, (*LTAbg. Schönleitner: „Das ist außerhalb der Realität.“*) dennoch – hallo, ... ich meine, das ist das Faktum (*LTAbg. Schönleitner: „Das ist das Ausblenden der Realität“ – Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen*), eine überwältigende Mehrheit der Wahlberechtigten im Bezirk Liezen hat an dieser Volksbefragung nicht teilgenommen, (*LTAbg. Schönleitner: „Aber die, die sich beteiligt haben, waren mehrheitlich dagegen.“*) dennoch wird ein eindeutiges Meinungsbild gezeigt, Herr Klubobmann. Ich habe ja gesagt, eine Volksbefragung ist eine staatlich organisierte Meinungsumfrage mit einem riesigen, riesigen, riesigen Sampler. Ich gebe Ihnen sowieso Recht, das Meinungsbild ist eindeutig, aber dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich fest, dass die überwältigende Mehrheit der Wahlberechtigten im Bezirk Liezen nicht teilgenommen hat.

Was kann man daraus schließen? Entweder ist die Meinungsbildung bei diesen Bürgerinnen und Bürgern noch nicht abgeschlossen (*Heiterkeit bei den Abgeordneten der FPÖ und LTAvg. Schönleitner – LTAvg. Triller, BA: „Also halten sie die Bürger für deppert, Herr Landesrat!“*) oder es kann ihnen auch egal sein, welches der Modelle realisiert wird oder diese Frage wird in ihrer persönlichen Entscheidung als nicht so prioritär gesehen, dass man an einem Entscheidungsprozess teilnimmt.

Aber ich darf jetzt kurz für das Protokoll festhalten, dass auf meine Feststellung, dass 58 % der Liezenerinnen und Liezener daran nicht teilgenommen haben und ich dann vermutet habe, dass entweder ihr Meinungsbild nicht abgeschlossen ist oder es ihnen möglicherweise egal ist oder sie dieses Thema nicht als so prioritär sehen, dass sie daran teilnehmen müssen, daraufhin der Klubobmann der Grünen in lauthalses Gelächter ausbricht und Abgeordneter Triller mir erklären will, ob ich die Bürgerinnen und Bürger für deppert halte. (*LTAvg. Triller, BA: „Gesagt haben Sie das so.“*) Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre Reaktionen entlarven Sie, weil Sie nehmen nur die Bürgerinnen und Bürger ernst, die Ihnen ins Konzept passen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*)

Zur Frage vier, das ist eine besonders bemerkenswerte Frage, weil sie klarmacht, dass Sie offensichtlich nicht viel Ahnung haben, wie in einer Regierung gearbeitet wird. Weil, wenn Sie mich allen Ernstes fragen, ob ich mit anderen Mitgliedern der Landesregierung über dieses Thema gesprochen habe, dann ist das also derartig - ... ich habe gar nicht gewusst, was ich mit der Frage anfangen soll, ehrlich gesagt. Aber wenn sie ernst gemeint ist, kann ich Ihnen sagen, tatsächlich habe ich mit den Mitgliedern der Landesregierung auch über dieses Thema Gespräche geführt. Im Übrigen müssen Sie sich den Alltag in einer Regierung – ein Erlebnis, das Sie möglicherweise nie haben werden – so vorstellen, (*Heiterkeit bei den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ, starke Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ, verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen. – LTAvg. Mag. Hermann: „Das entscheiden schon wir.“*) dass man täglich miteinander redet, dass man im regelmäßigen Austausch ist, dass man manchmal unterschiedlicher Meinung ist – also Doris Kampus und ich sind z.B. nicht auf jedem Nanometer immer der gleichen Meinung, aber das diskutieren wir uns aus. Dies auch in Fragen des Grundsatzgesetzes über die Sozialhilfe respektive Mindestsicherung, ein gutes Projekt der Bundesregierung, vielleicht tun Sie sich bei Ihrem Parteivorsitzenden erkundigen, wie es in einer Regierung zugeht. Das würde es Ihnen vielleicht einfacher machen, als hier den ganzen Landtag damit zu beschäftigen. Also man spricht miteinander, man tauscht sich aus – auch über Erlebnisse und über sonstige Dinge, und natürlich vor allem

auch über die entscheidenden politischen Themen. Also Sie können sicher sein, wir reden über das. Und dann wollen Sie noch von mir wissen: „Falls ja, wie stellen sich diese Erhebungen konkret dar?“ Also ich weiß nicht, welche Form von Erhebungen Sie hier meinen. Also ich stelle keine „Erhebungen“ an, wie die Meinung der anderen Regierungsmitglieder ist, sondern wir tauschen uns aus und insofern kann ich Ihnen auch über den „Erhebungsstand“ nichts mitteilen. (*LTAbg. Dipl.-Ing. Staller: „Da steht nichts von Erhebungen.“*) Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass diese Regierung (*LTAbg. Mag. Hermann: „Wo steht ‚die Erhebungen‘?“*) zu ihrem Programm steht, dass diese Regierung zum Gesundheitsplan 2035 steht und dass die Spitze dieser Regierung auch am Sonntag schon erklärt hat, dass sie zur Umsetzung der Pläne dieses Gesundheitsplans und des regionalen Strukturplans steht. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*)

Ad fünf: Ja, was soll ich Ihnen sagen? Niemand hat auf mich eingewirkt irgendetwas zu tun. Wir sind im guten Austausch und ich habe Ihnen bereits gesagt, wie ich diese Volksbefragung vom vergangenen Sonntag interpretiere und dass wir alles daran setzen werden gemeinsam als gesamte Landesregierung eine gute, ja eine bestmögliche Versorgung im Bezirk Liezen aufrechtzuerhalten und für die Zukunft sicherzustellen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*)

Zur Frage sechs kann ich auf vier und fünf verweisen.

Zur Frage sieben: Bezüglich Kosten kann ich Ihnen sagen, es sind keine erwachsen. Ich habe von Anfang an, seit diese Volksbefragung initiiert wurde, betont, dass wir auch weiterhin versuchen wollen, so viele Menschen wie möglich mit Argumenten und nicht mit hochgeschaukelten Emotionen von der Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen zu überzeugen. Deswegen sind wir auch in den von Freiheitlichen, Kommunisten und Grünen mit Inseraten und Plakaten geführten Vorwahlkampf eingestiegen. Es hat lediglich einen Informationsfolder gegeben, der vom Gesundheitsfonds Steiermark erstellt und postalisch an alle Haushalte des Bezirks versandt wurde. Die Kosten für die Produktion und den Versand beliefen sich insgesamt auf 5.985,26 Euro inklusive Mehrwertsteuer. Dieser Folder wurde im Übrigen bereits im August 2018 erstellt. Man hat sich allerdings dazu entschlossen mit der Verteilung bis zur Bekanntgabe des konkreten Grundstücks, die für die erste Jahreshälfte 2019 geplant war, zu warten und anhand dessen eine gesamthafte Diskussion zu führen und eine breitere Information zu bewerkstelligen. Da die Volksbefragung zu diesem Thema dann initiiert wurde, wurde der Druck und die Verteilung des Folders entsprechend vorgezogen – vom zweiten Quartal 2019 auf erstes Quartal 2019, um eine breite und objektive Information der Bevölkerung über das

Projekt Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen entsprechend sicherzustellen. In diesem Folder wird im Übrigen explizit nicht auf die Volksbefragung eingegangen, weil er ja auch nicht diesen Zweck hatte, sondern ohnehin vorbereitet war, um zu Informationen im Bezirk zu den Maßnahmen entlang des regionalen Strukturplans Gesundheit zu führen; sondern es wird objektiv und neutral informiert, warum es Veränderungen in der Struktur der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen braucht und warum ein kraftvolles neues Leitspital dafür die fachlich beste Lösung ist. Zudem wurden Antworten auf häufig gestellte Fragen gegeben und es kamen auch die führenden Spitalsärzte des Bezirks Liezen zu Wort. Noch einmal: Es wurde in diesem Folder mit keiner Silbe das Wort Volksbefragung erwähnt, noch wird in irgendeiner Weise darauf eingegangen oder gar eine Empfehlung für das Stimmverhalten gegeben. Ich sehe es aber als meine Pflicht über die Veränderungen in der Struktur in der Gesundheitsversorgung zu informieren. Das haben wir mit diesem Folder getan, haben aber auch gesehen, dass wir unsere Bemühungen noch um einiges verstärken müssen.

Zur Frage acht: Weil aus medizinischer Sicht, nur das kann die hauptsächliche Motivation für im Gesundheitsbereich verantwortliche Institutionen sein, keine Gründe gegen die neue Gesundheitsstruktur mit einem starken Leitspital in der Mitte sprechen. Dutzende Fachleute haben sich positiv zu unserem gemeinsamen Vorhaben geäußert, und zwar ohne physischem Zwang, nicht, weil es ist ja zum Teil fast schon behauptet worden, wir hätten da die Spitalsärzte gezwungen und sonst irgendetwas oder die PflegedirektorInnen irgendetwas zu sagen. Die einzig vernehmbare Gegenstimme aus diesem Bereich, war jene des sehr verehrten Herrn Ex-Staatsekretärs im Gesundheitsministerium, Dr. Reinhard Waneck, den Sie offenbar nach langer, vermutlich erfolgloser Suche nach Ärzten aus der Region, die Ihre Vorschläge unterstützen, zum Zwecke einer gemeinsamen Pressekonferenz vor den Vorhang geholt haben. Wie Sie aber wohl wahrgenommen haben, wurde im von der Steiermärkischen Landesregierung veröffentlichten Informationsblatt, das vier Wochen vor der Volksbefragung in jeder Gemeinde für alle Bürger zugänglich war, der gesamte von freiheitlicher Partei und kommunistischer Partei formulierte Antragstext als Argumentationsgrundlage abgedruckt. Außerdem muss ich Sie korrigieren, wir haben nie über die Vorzüge eines Zentralkrankenhauses, wie Sie es in Ihrer Frage nennen, geworben. Wir haben im Gegensatz zu Ihnen immer von der gesamten Gesundheitsversorgung gesprochen, diese beleuchtet und das Spital als Leitspital bezeichnet. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Ad neun: Die Errichtung eines Leitspitals im Bezirk Liezen erfordert eine enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH und der Diakonie Gallneukirchen. Geplant ist im Rahmen der neuen Strukturen alle bestehenden unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse weiterzuführen. Darüber herrscht ein Grundkonsens zwischen beiden zukünftigen Betreibern. Aus heutiger Sicht kann noch nicht mit letzter Sicherheit festgehalten werden, wer von den beiden welche organisatorische Aufgabe übernehmen bzw. führen wird. Daher kann es in einigen Bereichen durchaus zu einer Aufgabenteilung kommen, die zu einer Verschiebung von Dienstposten führen kann. Im Übrigen kann ich dem Landtag ziemlich exklusiv mitteilen, wir sind im Finale der Gespräche zwischen Diakonie und KAGes. Ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten wenigen Tagen oder zwei Wochen maximal auch berichten können, wie die konkrete, gemeinsame Betriebsführung im Leitspital dereinst aussehen wird. In meinem Zuständigkeitsbereich als Landesrat für Gesundheit und Eigentümervertreter der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH kann ich Ihnen garantieren, dass keine einzige unbefristet beschäftigte Landesbedienstete und kein einziger unbefristet beschäftigter Landesbedienstete ihren oder seinen Job verlieren wird.

Bezüglich der Diakonie Gallneukirchen respektive der Beschäftigten in der Klinik Diakonissen-Schladming kann ich Ihnen Folgendes sagen: Ich weiß, dass zwischen der Diakonie und deren Betriebsrat sehr gute Gespräche darüber laufen, wie das in Zukunft aussehen wird. Mein Ansprechpartner in all diesen Fragen ist aber der Vorstand der Diakonie in Linz respektive Gallneukirchen und nicht die Geschäftsführung der Klinik Diakonissen in Schladming. Vonseiten des Landes kann ich abschließend garantieren, dass wir uns um das Äußerste bemühen werden, sollte es wider Erwarten im Bereich der Diakonie zu Problemen mit den Weiterbeschäftigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommen, diesen eine Stelle im Rahmen der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft anzubieten. Weil, ich sage Ihnen eines, sowohl Pflegepersonal als auch Ärztinnen und Ärzte suchen wir. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Insofern wird niemand seinen Job verlieren.

Ad zehn, das gehört da zum Thema dazu, kann ich Ihnen noch einmal sagen, dass am 22. November 2017 die sogenannte Betriebsvereinbarung Sozialplan zwischen dem Vorstand der KAGes und dem Zentralbetriebsrat der KAGes adaptiert und verlängert wurde. Hier geht es um jede strukturelle Veränderung und zur Diakonie Gallneukirchen habe ich Ihnen bereits bei Frage neun alles gesagt.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedanke ich mich und hoffe auf eine gute Diskussion. Bedanke mich für das rege Interesse an diesem Projekt insgesamt, das letztlich auch durch den Sonntag unter Beweis gestellt worden ist. Ich nehme es jedenfalls als persönlichen Auftrag, ja nachgerade als persönliche Motivation, das aktuelle Stimmungsbild im Bezirk Liezen in den nächsten Monaten und Jahren mehr als graduell zu verändern, möglichst viele von der Zukunftsfähigkeit unserer Planungen zu überzeugen und in vielen Gesprächen über die verbliebenen offenen Details die möglichst besten Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger, für die Gesundheitsversorgung und letztlich für unsere weißgrüne Steiermark zu treffen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 09.48 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Klubobmann Lambert Schönleitner von den Grünen.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und verweise wie immer auf die Redezeit von zehn Minuten für Regierungsmitglieder und Abgeordnete.

LTabg. Schönleitner – Grüne (09.49 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landesrat, werte Mitglieder der Landesregierung, Herr Landeshauptmann – habe ich vergessen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf einmal vorwegschicken, bevor ich mich dem Herrn Gesundheitslandesrat und seinen Ausführungen widme, dass ich der Bevölkerung im Ennstal unheimlich dankbar bin für diese Teilnahme an dieser demokratischen Volksbefragung. Denn es ist nicht so gewesen, wie Sie vielleicht erhofft haben, Herr Landesrat, dass da 15 % hingehen oder 20 % oder vielleicht auch 30, wie es im Durchschnitt bei besseren Befragungen ist, sondern es war so, das respektiere ich und das ist mir besonders wichtig, es sind mehr als 40 % zu dieser Volksbefragung gegangen. Das heißt, niemand kann sagen, sie war nicht repräsentativ. Darauf gehe ich dann gleich noch einmal ein. Das andere ist auch das Ergebnis, Herr Landesrat, war ja nicht irgendein knappes, sondern das war ziemlich klar mit einer Zweidrittelmehrheit mit 67 % der Bevölkerung nach einer langen Zeit der Information, wo Sie versucht haben Ihre Argumente darzulegen. Aber, was mich wirklich stört, das sage ich ganz offen, das ist dies, wie Sie jetzt – und ich muss auch sagen, so habe ich Sie in diesem Haus noch nie erlebt, nie in elf Jahren, ich glaube, elf Jahre bin ich da – derartig mit der

Demokratie umgehen in einer Niederlage. Sie haben diese Befragung verloren. Sie haben die Bevölkerung versucht für Ihre Politik zu gewinnen, Sie haben sie nicht gewonnen. Das war ein Nein, ja, und dann gehen Sie her – und das finde ich wirklich bedauerlich – und sagen hinein in den Saal vor den Steirerinnen und Steirern oder vor den Menschen im Bezirk Liezen: „Das war ja ein Stimmungsbild.“ (*LTabg. Schweiner: „Das hat er gar nie gesagt.“*) Ja, das war so eine Befragung irgendwie, da haben wir halt einmal hineingefragt, wie es aussieht – auch das sollte Ihnen schon zu denken geben. Tut es offenbar nicht, sondern das war etwas anderes und das möchte ich Ihnen jetzt schon noch sagen. Denn wenn Sie etwas zitieren, dann zitieren Sie es auch richtig oder gehen Sie auf die richtigen Grundlagen ein. Diese Befragung war eine amtliche Befragung nach dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz. Sie ist rechtlich nicht bindend, da haben Sie recht. Aber was steht denn in dem Gesetz, im § 82? Da steht nichts von Stimmungsbildern, sondern da steht klipp und klar drinnen und das ist ein steirisches Landesgesetz, eine Rechtsnorm, die der Landtag beschlossen hat. Da steht drinnen: „Es geht um die Erforschung des Willens der Bevölkerung.“ Das ist Kräftigung, klar, (*Landesrat Mag. Drexler: „Ist es, ja.“ – LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Ja, das ist es. Aber nichts anderes hat er gesagt.“*) und Sie lehnen das ganz einfach ab (*Beifall bei den Grünen und der FPÖ*) und sagen, das ist ein Stimmungsbild. Das hätte ich mir von Ihnen nicht erwartet. Eine Rechtsnorm der Steiermark, das Volksrechtegesetz, eine amtliche Befragung nach genauen Normen abgehalten, kann man auch in einer Region machen. Sie wissen auch, dass Ihr RSG auch Versorgungsregionen hat, nämlich wir haben schon gewusst, worüber wir da abstimmen – über die Versorgungsregion Liezen im RSG, das haben Sie ja alles drinnen in Ihrem Regionalen Strukturplan Gesundheit, und dann sagen Sie: „Das geht ja alles nicht. Das ist ja alles nur ein Bezirk, man muss ja alles gesamtheitlich sehen.“ Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das finde ich wirklich schwach, das ist bedauerlich, das hätte ich mir von Ihnen nicht erwartet.

Die repräsentative Demokratie, weil sie diese einmal ins Treffen führen: Ja, selbstverständlich gibt es dies, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Die Regierung hat Verantwortung und Regierungen haben es auch schwer, ja. (*Landesrat Mag. Drexler: „Natürlich.“*) Aber gerade dann, wenn etwas strittig ist, wenn es um große Entscheidungen geht, geht man mit so einer gesetzlichen Grundlage her und befragt die Bevölkerung. Darüber sollte hier Konsens herrschen und beides brauche ich, die repräsentative Demokratie und die direkte Demokratie. Aber wenn sich so viele Menschen beteiligen – 42 % in einem Bezirk, ich darf Sie nur erinnern, in der Stadt Graz bei einer Gemeinderatswahl sind, glaube ich, 50 % und in

Salzburg waren es nicht einmal 50 % bei einer Kommunalwahl, die hingegangen sind – und Sie sagen uns bei 42 % Beteiligung bei einer Volksbefragung: „Das ist ja eigentlich nicht die wirkliche Mehrheit.“ Wenn Sie so weit sind, Herr Landesrat, dass Sie sagen, (*Landesrat Mag. Drexler*: „*Herr Klubobmann, drehen Sie mir nicht das Wort im Mund um.*“) die Menschen ... – nein, ich drehe es Ihnen nicht um, Sie haben es genau so gesagt. Sie brauchen jetzt nicht aufgeregt sein, Sie haben es genau so gesagt. Sie haben versucht darzustellen und zu suggerieren „dieses Instrument brauchen wir gar nicht so ernst zu nehmen, denn, wenn man schaut, was da alles nicht hingegangen ist zu dieser demokratischen Entscheidung, dann schaut es anders aus“. Aber das muss man im Kontext der Demokratie sehen. Das war meine Botschaft an Sie. Wie viele beteiligen sich in der Demokratie? (*LTAvg. Mag. Pichler-Jessenko*: „*Ganz im Gegenteil. Er hat gesagt, er muss die Menschen überzeugen. Das stimmt ja nicht, Lambert.*“) Ich sage Ihnen, es war eine hohe Beteiligung, es war eine klare Entscheidung und jetzt sagen Sie uns da, das ist alles nicht wichtig. Ich habe z.B. nachgeschaut, weil wir ohnehin gerade Arbeiterkammerwahl haben, 2014 haben Sie den Kollegen Gosch gelobt bei der Arbeiterkammerwahl und haben Sie gesagt: „Ein hervorragendes Ergebnis“ mit seinen 17 %. Wissen Sie, wie viele Leute dort hingegangen sind? (*Landesrat Mag. Drexler*: „*30 Prozent oder so.*“) 37 % gehen zu seiner Wahl und jetzt sagen Sie uns 42 sind völlig egal? (*LTAvg. Mag. Pichler-Jessenko*: „*Das haut nicht hin.*“) Das wäre mir peinlich, das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Das ist ein Wahnsinn. (*Beifall bei den Grünen und der FPÖ*) Ich bin ja guter Dinge, dass Sie irgendwann – vielleicht nach einigen Tagen und Wochen – dieses Ergebnis auch noch realisieren. Weil, ich hätte mir an dem heutigen Tag hier beim Sonderlandtag erwartet, dass Sie schon hergehen und einlenken. Sie haben ja seinerzeit auch schon Gesundheitspolitik gemacht, wie Sie noch Klubobmann in diesem Haus hier herinnen waren. Sie haben auch immer die Demokratie ins Treffen geführt, jetzt ist es Ihnen offenbar völlig egal. (*Präsidentin LTAvg. Khom*: „*Guter Populismus.*“) Was ist das Problem gewesen? Ich habe es versucht bei der letzten Dringlichen, die wir hier im Haus gehabt haben, auch zu sagen. Sie haben es ganz einfach nicht geschafft, Herr Landesrat, mit einer langen Kampagne – und sie war lange, die Zeit war lange, ich erinnere mich an die Messehalle, ich war dabei draußen, wo Sie großartig verkündet haben, es ist eine Reform, bis zum Kirchenwirt in Aigen, wo wir auch, wo es gegangen ist, dabei waren des „Alleröfteren“ und darüber diskutiert haben – ist es Ihnen nicht gelungen die Bevölkerung zu überzeugen. Das war keine kurze Zeit. Da waren nicht nur Populisten, die gesagt haben: „Wir wollen das verhindern und wir sagen nein, weil dann fügen wir der Regierung einen Schaden zu“,

sondern es war genau anders, als Sie es einleitend gesagt haben. Wir waren z.B., Sandra Krautwaschl und ich, unterwegs und haben gesagt, wir müssen die Gesundheitsversorgung gesamtheitlich sehen. Da geht es um mehr, da geht es um Gesundheitszentren, da geht es um Facharztzentren, da geht es um Gesundheitsberufe – und genau das haben Sie nicht erklären können. Weil als dann ich irgendwann gesagt habe in der Region, Kollege Forstner wird es bestätigen: „Ja, Entschuldigung, jetzt haben wir in Admont vielleicht ein Gesundheitszentrum. Was ist denn im Osten des Bezirkes, wo ohnehin schon die Notarztversorgung so schlecht ist?“ Dann hat es nach ein/zwei Tagen der Verzögerung geheißen: „Na, dann machen wir ein Netzwerk-Gesundheitszentrum.“ Also wieder etwas anderes als in Admont und wir haben letztendlich Stück für Stück die Dinge vorgelegt bekommen. Ich habe nicht den Plan gehabt, Herr Landesrat, dass da ein großer Plan dahinter war, wo etwas hinkommt. Und auch Ärzte aus der Region – ja, ich erwähne nochmals das Treffen in Irnding, von dem Sie wissen, wo sich Ärzte gemeldet haben, das eher geheim war mit der Redaktion des Ennstalers, aber wir haben davon auch die Fakten bekommen. Dann wissen Sie ganz genau, dass junge Ärzte aus der Region im Notarzbereich vor diesen Entwicklungen gewarnt haben. Dass sie gesagt haben, das ist keine Garantie, dass die Ärzte in die Region kommen. Sie stellen sich wieder her, keiner hat über die gesamtheitliche Gesundheitsversorgung geredet. Genau das wollten wir ja. Aber wenn Sie ohnehin alles getan haben und kampagnisiert haben, dann wundert mich schon, warum Sie die Bevölkerung jetzt hier letztendlich nicht hinter sich bekommen haben. Natürlich waren es auch eingefädelte „Auftragsloblieder“, das weiß ich schon, dass ihr niemanden dazu gezwungen habt. Das würde ich nie behaupten. Aber der eine oder andere Bürgermeister, mit dem ich jetzt schon nach der Befragung Kontakt gehabt habe, sagt schon, was im Hintergrund gelaufen ist. Dass es nämlich den Druck gegeben hat, sonst gibt es halt keine Unterstützung mehr bei Projekten, ja. Das muss man ganz einfach hier herinnen sagen. Ich würde mich schon – ich schaue hin zum Armin Forstner – fragen, was z.B. in deiner Gemeinde los ist, wenn du dir das Ergebnis anschaust? Jetzt bist du als Bürgermeister hingegangen, hast deiner Bevölkerung gesagt: „Ja zu diesem Leitspital“. Ich brauche dein Ergebnis da jetzt nicht sagen, du kennst es. Das ist eigentlich dramatisch für dich als Bürgermeister. Kollege Franz Frosch, auch ÖVP-Bürgermeister in Bad Aussee. Man muss sich einmal vorstellen, was heißt denn das für die Bürgermeister? (*Landesrat Mag. Drexler: „Beim Abgeordneten Royer war es auch interessant.“ – LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Mitterberg, Mitterberg.“*) Die Bürgermeister stehen ohne Bevölkerung da, Herr Landesrat. Schladming, Elisabeth Krammel, das Gleiche,

ja. Sie haben eigentlich nicht mehr geschafft, und das ist dramatisch aus meiner Sicht, ihre eigenen Leute oder die gewählten Vertreter, weil die werden sie hoffentlich doch nicht anzweifeln, quasi zwar hinter sich zu bringen, aber nicht mehr die Bevölkerung, die diese gewählt haben. Das muss man ja ernst nehmen. Da kann man doch nicht dauernd sagen: „Das ist egal und macht nichts aus und wird schon irgendwie wieder weitergehen.“ Ich hätte mir erwartet, dass Sie einen Schritt zurückgehen – das war unser Wunsch und ich glaube, Sie werden es nach wenigen Tagen und Wochen auch tun – und sagen: „Stopp zu diesem Leitspital in dieser Form. Es stimmt, es muss sich etwas ändern.“ Das haben auch wir immer gesagt, wir haben es auch beschrieben, was es sein könnte, wenn man die gesamtheitliche Gesundheitsversorgung anschaut. Natürlich muss sich etwas weiterentwickeln. Aber dieses Leitspital, das müssen Sie verstehen, das hat in dieser Form keine Unterstützung gehabt – nicht annähernd nach einer langen Kampagne. Das ist schon ein ganz großes Problem. Und wenn Sie so tun, Sie tun immer das Beste in der Gesundheitspolitik und alles ist gut – ja. Wir sind gestern da nebenan im Rittersaal gesessen, wo es um die Herzchirurgie gegangen ist. Nicht dass ich Ihnen persönlich einen Vorwurf machen würde für die Verfehlungen, (*Landesrat Mag. Drexler: „Ich rate Ihnen davon ab.“*) aber wenn man sich die Themen der Gesundheitspolitik in der Steiermark in den letzten Wochen anschaut, dann war das kein fehlerloser Gang, den Sie gegangen sind. Da waren viele Probleme: Bei der Ärztebereitschaft, im Schadensmanagement der KAGes, auch im Bereich der Herzchirurgie, jetzt beim Leitspital – und da müssen Sie verstehen, so kann man nicht Politik machen. Was mich besonders ärgert, weil – meine ersten zehn Minuten sind vorbei –, dass Sie das jetzt auch noch gesagt haben, das ärgert mich. (*Landesrat Mag. Drexler: „Das habe ich nicht.“*)

Letzter Satz, es gäbe keine Probleme beim Grundstück. Ich habe gestern von einem Vermessungstechniker die Daten ausgehoben. Ich zeige Ihnen nur eine Seite, weil ich – (*Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte zum Schluss zu kommen, Herr Klubobmann.“*) Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss – am Ende der Redezeit bin. Sie sind mit diesem Projekt im HQ30, das ist die blaue Zone. Sie haben völlig von der Hand gewiesen, dass es eine Altlast gibt, das ist die rote Linie, Herr Landesrat. Und behaupten Sie nicht alles wäre gut. Sie haben noch dazu einen Standort ausgesucht, letzter Satz, wo ich den Eindruck habe, dass Ihnen irgendwer schlecht gesinnt sein muss, der Sie derartig schlecht berät. Ich sage Ihnen, setzen Sie das Befragungsergebnis um, nehmen wir die Bevölkerung ernst und tun Sie nicht so, als wäre am letzten Sonntag nichts gewesen. Danke. (*Beifall bei den Grünen, der FPÖ und der KPÖ – 10.00 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Arnd Meißl von der FPÖ.

LTAbg. Meißl – FPÖ (10.00 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Herr Landesrat Drexler, Sie haben vorher gesagt, die Landesregierung beleuchtete die Gesamtsituation der medizinischen Versorgung. Also, den Lichtstrahl kann man nicht bei dunkelster Nacht wahrnehmen. Das war nämlich nicht so. Der Lambert Schönleitner hat es vorher auch schon angesprochen - genau das ist das Problem gewesen bei der Abstimmung -, warum die Leute Ihnen nicht geglaubt haben und Ihre Argumente einfach nicht abgenommen haben, weil Sie einfach keine Argumente gebracht haben, wie die medizinische Versorgung im Bezirk aussieht. Sie haben in Wirklichkeit den Bürgern nur gesagt: „Ich baue euch ein neues Haus.“ Was genau passiert und was mit den alten Häusern passiert, haben Sie auf mehrmalige Nachfrage nichts gesagt. Sie haben dann immer nach Ausflüchten gesucht, ja Facharztzentrum, Gesundheitszentrum und, und, und, aber Sie haben nie gesagt, was wird dort passieren, wie lange haben die offen, usw. usf. (*LTAbg. Schnitzer: „Du wirst als Gesundheitssprecher wissen, was in einem Gesundheitszentrum passiert.“*) Es sind viele Dinge. Ein Beispiel haben Sie auch gebracht mit den Kindern. Sie haben ein Schreiben bekommen von einer Mutter aus Bad Aussee. Ich habe das Beispiel jetzt eh gehabt, ein ähnliches Beispiel aus Judenburg, was passiert, wenn es Verletzungen gibt bei kleinen Kindern. Dann haben Sie und die KAGES es geschafft, dass die Kinder bis nach Graz transportiert werden müssen. Jetzt haben Sie es kurzfristig rückgängig gemacht, aber das betrifft ja nur einen ganz kleinen Ausschnitt. Was Sie noch gemacht haben und das bringen Sie einfach nicht weg, das ist die Koalition, die sogenannte Zukunftscoalition SPÖ/ÖVP. Es hilft nichts, Sie sind und bleiben das, was Sie immer waren, nämlich Spitalsschließer und Ausdüner des ländlichen Raumes an medizinischer Versorgung. (*Beifall bei der FPÖ*) Da ändert sich nichts und Sie haben es auch nicht geschafft in irgendeiner Form Argumente auf den Tisch zu legen. Dann finde ich auch noch spannend, wie auch meine Vorredner, wie Sie die 42 % Beteiligung und die 28 % an der Beteiligung an den Nein-Stimmen an den Wahlberechtigten vom Tisch wischen. Das finde ich befremdlich. Es gibt da die Beispiele von den verschiedensten Wahlen. Ich sage Ihnen noch etwas, dann rechnen Sie es hoch. Die 28.000 Stimmen hochgerechnet auf Österreich würde bedeuten, 1,803 Millionen Nein-Stimmen.

(Landesrat Mag. Drexler: „28 % Herr Abgeordneter, 28 %. Sie haben gesagt 28.000 Personen, es sind 28 %. Das war ein Versprecher!“ – LTAvg. Schwarz: „Auf Europa hochrechnen, auf Europa!“) Dann muss man das schon sagen, dass das ein Votum ist, das Sie nicht vom Tisch wischen können. Dann nehmen Sie den Versprecher zur Kenntnis, aber 1,8 Millionen können Sie auch zur Kenntnis nehmen. Ihr Umgang mit Demokratie ist sehr befremdlich. *(LTAvg. Khom: „Was hat irgendeine Partei mit der Volksbefragung zu tun?“ – Landesrat Mag. Drexler: „Abenteuerlich, abenteuerlich!“ – LTAvg. Mag. Pichler-Jessenko: „Rechne hoch!“)* Interessant ist aber für mich und Sie können mir sagen was Sie wollen, dass verschiedene Abgeordnete gemeint haben, ja das Ergebnis wirft sie nicht um. Wir haben ein Ergebnis - das erwähne jetzt ich - in Bad Aussee gehabt, wo man über 1.500 Nein-Stimmen gehabt hat. Die Abgeordnete, die das gesagt hat, die Kollegin Grubesa, wo immer Sie jetzt umgeht, muss man sagen, ja, die SPÖ hat bei der Landtagswahl in Bad Aussee 500 Stimmen gehabt. Auf die Bezirksebene heruntergebrochen, das ist eh schon passiert, die SPÖ/ÖVP, keine Partei hat die 17.000 Nein-Stimmen im Bezirk erreicht, d.h. hätte von uns keiner die demokratische Legitimation da hier zu sitzen. Das ist das schon sehr befremdlich, wenn Sie diese Dinge nicht wahrnehmen. Dann haben Sie noch gesprochen von Desinformationen, Herr Landesrat, Desinformation haben Sie der Opposition vorgeworfen. Jetzt sage ich Ihnen und entgegne Ihnen, was Sie gemacht haben da oben war Panikmache und Sie haben die bestehenden Spitäler schlechtgeredet. Wenn die Spitäler Rottenmann, Bad Aussee und Schladming so schlecht sind, wie Sie das im Vorfeld der Abstimmung gemacht hätten, dann hätten Sie eingreifen müssen, dann hätten Sie die schließen müssen, was auch immer. Es wäre Ihre Verantwortung gewesen und in die Verantwortung des KAGES-Vorstandes in Rottenmann und Bad Aussee einzugreifen und die Verantwortung des Diakonissenvorstandes in Schladming einzugreifen, wenn das wirklich so schlecht gewesen wäre, wie Sie behauptet haben. Aber Ihren Umgang mit der Kontrolle und Qualitätsmanagement haben wir eh bei der Herzchirurgie in Graz gesehen, wo Sie monatelang zugeschaut haben. *(Beifall bei der FPÖ-LTAvg. Mag. Schnitzer: „Das ist eine Frechheit. Nicht einmal der Klubobmann klatscht bei Ihnen!“)* Vielleicht machen es Sie dann dafür vor lauter Begeisterung. Eines ist auch noch: Die Behauptung, die FPÖ sammle billige Punkte, ist natürlich auch abenteuerlich, weil eines sage ich Ihnen auch: Wir stehen für diese Politik der wohnortnahen Versorgung schon seit 2008. Ich erinnere mich daran mit dem Dr. Murgg gemeinsam in Mürzzuschlag vor dem Spital gestanden zu sein, wie es um die Chirurgische Abteilung gegangen ist. Damals sind auch, wo die ÖVP-Abgeordneten dort gestanden sind und haben gesagt, wenigstens so getan,

als wären sie für medizinische Versorgung vor Ort. Das hat sich mittlerweile gekippt. Sie sind ja angeblich gescheiter geworden. Meines Erachtens sind Sie einfach umgefallen und ignorieren einfach die Bedürfnisse eines sehr großen Teils der Bewohner der Steiermark. Wenn Sie jetzt meinen und behaupten, Sie würden das Ergebnis dieser Volksbefragung doch ernst nehmen, dann finde ich es schon befremdlich, dass Sie eigentlich nur Ihren Weg, den eingeschlagenen Weg stur weitergehen wollen. Denn eigentlich muss man eines sagen: Es gibt eigentlich aus dem Ergebnis nur eines abzuleiten und das ist, alle drei Standorte zu erhalten. Jetzt noch einmal zu den Facharztzentren. Herr Landesrat Drexler, Sie haben es nicht geschafft zu erklären, wie die Gesundheitsversorgung im Bezirk ausschauen soll. Sie haben eben ein Projekt hingestellt oder skizziert und geplant, aber nie mit uns darüber geredet, wie diese Gesundheitsversorgung ausschauen soll, jetzt vom Spital über das Facharztzentrum bis zum niedergelassenen Bereich. Sie haben immer nur Placebos hingeworfen, aber nie genau erklärt, wie es ausschauen sollte. Interessant ist auch für mich, dass im regionalen Strukturplan 2025 drinnen steht, dass Sie das BKA Ennstal - so haben Sie das damals bezeichnet - machen müssen, weil es personell nicht anders geht. Ich frage mich dann schon, wie Sie personell die Facharztzentren besetzen und das neue Spital besetzen wollen, wenn Sie es in der alten Form schon nicht konnten. Das heißt, Sie werden nicht umhinkommen, Maßnahmen in verschiedenen Bereichen zu setzen. Sie werden nicht umhinkommen, das Konzept zu überarbeiten und unserer Meinung nach ist es jetzt einfach wichtig, die bestehenden Spitalsstandorte über das Jahr 2025 hinaus sicherzustellen und zu erhalten, weil alles andere, was Sie machen, sind halbe Geschichten und gefährdet eigentlich die Bevölkerung im Bezirk. *(Beifall bei der FPÖ)* Sie sind auch aufgefordert, die budgetären Mittel zur Verfügung zu stellen für das Konzept. Das würde ich Ihnen anraten, das auch schon anzudenken und durchführen. Um eines kommen wir auch nicht herum, Sie haben es auch selber angesprochen, was Sie tun müssen und was Sie bisher verabsäumt haben und auch nicht geschafft haben ist, nämlich den Spitalsärztemangel zu beheben. Sie wissen das seit langer Zeit, haben immer nach Ausflüchten gesucht, aber es geht darum, Ärzte und Pflegepersonal in diese Region zu bringen. Sie schaffen es nicht, in dem man ein neues Spital baut und drei andere ersetzt. Sie müssen hergehen, und das wird Ihre Verpflichtung sein darüber nachzudenken: „Wie schaffe ich gescheite Arbeitsbedingungen, damit Ärzte auch wieder in die Region gehen und nicht gleich nach dem Studium und nach der Ausbildung in das Ausland verabschieden?“ *(Allgemeine Unruhe - LTAbg. Schnitzer: „Gesundheitspolitischer Trittbrettfahrer!“ – LTAbg. Dirnberger: „Um Gotteswillen!“ –*

LTabg. Schwarz: „*Wer hat eigentlich das Gesundheitsministerium in dem Land?*“) Schaut euch das einfach an, nehmt das Punkt für Punkt an, versucht die Ärzte zu gewinnen, reden Sie da nicht immer nur von Ausbildung, Ausbildung, Ausbildung. Ausbildung ist am besten dort aufgehoben, wo die meisten, die größten Spitäler sind (*Allgemeine Unruhe*), das wäre jetzt Graz und versuchen Sie Ärzte in die Region zu bringen. Das wird wahrscheinlich über das Gehalt gehen und das wird wahrscheinlich über bessere Arbeitsbedingungen gehen. Ich bringe jetzt noch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag ein.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. das Ergebnis der Volksbefragung im Bezirk Liezen zu respektieren und die Pläne zur Errichtung eines Leitspitals in Stainach-Pürgg zu verwerfen,
2. ein Konzept auszuarbeiten, durch welches die gesamte medizinische Versorgungsstruktur im Bezirk Liezen (Gesundheitszentren, Facharztzentren, niedergelassener Bereich, Spitalsstandorte, Notarztstützpunkte etc.) nachvollziehbar dargestellt und der Bevölkerung offengelegt wird,
3. für die Zurverfügungstellung der budgetären Mittel für die Umsetzung eines solchen Konzepts Vorsorge zu treffen und
4. dem Landtag das Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Machen Sie einfach endlich Politik für die Menschen und nicht für Ihr eigenes Ego! Danke.
(*Beifall bei der FPÖ – 10.10 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Dr. Werner Murgg von der KPÖ.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (10.11 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung mit dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe leider wenige Zuhörerinnen und Zuhörer, zumindest hier im Auditorium!

Herr Landesrat Drexler, Sie sind ein intelligenter Mensch, aber diese Intelligenz verleitet Sie manchmal dazu, sich auf das hohe Ross der Präpotenz zu setzen. Das muss ich Ihnen heute (*Beifall bei der KPÖ und FPÖ*) vorneweg sagen. Wenn Sie hier Ihre salbungsvollen Worte damit beginnen, und ich habe genau aufgepasst, wo Sie quasi sagen, nein, nicht quasi, Sie haben es wörtlich gesagt, Sie hätten das rationale Argument und die Opposition schüre

gezielte Desinformation, dann ist das präpotent. (*Beifall bei der KPÖ, FPÖ und den Grünen – Landesrat Mag. Drexler: „Sie fühlen sich betroffen, Herr Kollege!“*) Ich will jetzt noch auf Ihre verfassungstheoretischen Überlegungen nicht näher eingehen. Vielleicht sind Sie mir hier als Jurist, ich weiß nicht, wo Sie sich spezialisiert haben, Verfassungsjurist, weiß ich nicht, auch etwas überlegen, das mag sein, aber wir könnten auch darüber einmal eine Grundsatzdiskussion führen, (*Landesrat Mag. Drexler: „Sehr gerne!“*) aber ich sage Ihnen schon: Es ist richtig, die Landesregierung ist hier gewählt, um zu regieren. Aber die Frage ist - jetzt bin ich bei dieser Volksbefragung -, natürlich weiß auch der Werner Murgg und die KPÖ, dass das keine Volksabstimmung war, sondern eine Volksbefragung, die ein eindeutiges Ergebnis gebracht hat, auch das ist heute schon gesagt worden. (*LTAbg. Schnitzer: „Das bestreitet ja niemand.“*) Dann müssen Sie einmal darüber nachdenken, ob Sie gegen den Willen der Bevölkerung in einer wichtigen Frage regieren oder mit dem Willen der Bevölkerung und das ist entscheidend. (*Beifall bei der KPÖ, FPÖ und den Grünen*) Ich möchte noch ein paar Punkte auch sagen, die Kollegin Klimt-Weithaler wird sich ja dann auch zu Wort melden, deswegen kann ich mich auf wenige Punkte hier konzentrieren, zu dieser Frage der Wahlbeteiligung. Es ist eh schon viel gesagt worden, aber es hat mich am Sonntagnachmittag und am Abend, wo ich so die ersten Meldungen gehört habe, schon geärgert, wenn da so getan wird: „Nur 42 %, das ist eigentlich vernachlässigbar!“ (*LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Das hat kein Mensch gesagt, das hat niemand gesagt!“*) Kollegin Grubesa hat das gesagt. Manche haben es, wie heute hier wieder, haben es heute hier wieder gesagt, wir werden ja bald die Wahlen zum europäischen Parlament haben, das letzte Mal, ich glaube, 45 %. Ich bin gespannt, wie hoch die Beteiligung dieses Mal sein wird, da habe ich noch nie gehört, dass eigentlich das Parlament nicht diese Legitimität hat oder haben sollte, die Sie von den Regierungsfractionen in diesem Parlament immer zusprechen. Wenn Sie sagen, Herr Landesrat: „Die überwältigende Mehrheit hat ja nicht teilgenommen“, dann sage ich Ihnen aus persönlicher Erfahrung auch etwas: Wir waren oft draußen im Bezirk Liezen, vielleicht werden das andere Kolleginnen und Kollegen von anderen Oppositionsparteien bestätigen, in der letzten Woche auch in Liezen, da habe ich mit vielen Leuten auch gesprochen, da habe ich schon gesehen, dass das Meinungsbild so ist, wie es dann tatsächlich ausgegangen ist. Aber viele haben gesagt: „Da gehe ich gar nicht mehr hin, weil der Drexler fährt sowieso über uns drüber.“ Ich habe dann gesagt: „Ja, er muss aufpassen, dass die Bevölkerung dann nicht über ihn drüberfährt. Gehen sie doch hin!“ Das ist natürlich eine Haltung in der Bevölkerung gewesen. Viele haben gesagt: „Das bringt eh nichts mehr, da brauchen wir gar nicht

hingehen.“ Dass es keine Briefwahl gegeben hat, keinen vorgezogenen Wahltag, ist Ihnen heute auch schon gesagt worden und ich sage: Angesichts dieser Umstände ist das eine Bombenbeteiligung gewesen, wie wir sie uns bei vielen Gemeinderatswahlen wünschen könnten, (*Beifall bei der KPÖ, FPÖ und den Grünen*) wenn man bedenkt im Vergleich vorgezogener Wahltag und andere Möglichkeiten. Jetzt komme ich ein bisschen noch zum Inhalt dieser Debatte der Gesundheitsvorsorge im Bezirk Liezen. Ich habe jetzt noch einmal ausgedrückt, wie die Frage gelautet hat. Die Frage hat gelautet: „Soll es im Bezirk Liezen anstelle der drei Krankenhausstandorte in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming nur mehr ein zentrales Leitspital geben?“ Wenn die Bevölkerung hier dazu sagt Nein, Philosophie und Logik habe ich studiert, da ist es eigentlich gar nicht schwer, was eigentlich daraus folgt, dann heißt das: Es soll kein zentrales Leitspital kommen, sondern die drei Standorte sollen erhalten bleiben. In welcher Form, darüber wird zu diskutieren sein. Das ist eigentlich der Aufruf aus dieser Volksbefragung - d.h., ich würde mir wünschen und die Bevölkerung im Bezirk Liezen wünscht sich das ganz besonders -, dass wir zurück an den - Sie, wir alle als Landtag - zurück an den Start gehen, (*LTAbg. Schwarz: „Abenteuerlich. So ein Blödsinn, einen so hohen Blödsinn daherreden!“*) dass man darüber diskutiert: Brauchen wir ein Leitspital? Wenn ja, ist es vielleicht nicht möglich eines der bestehenden Spitäler als Leitspital aufzurüsten? Und wie können wir sicherstellen, dass die beiden anderen Spitäler erhalten bleiben, vielleicht, oder wahrscheinlich sogar mit anderen als den bisherigen Schwerpunkten? Rundherum soll man über Gesundheitszentren, über Flugrettung, über den ärztlichen Bereitschaftsdienst und über all das diskutieren. Wenn Sie das wirklich machen und die Bevölkerung einbinden und nicht mit Frontalvorträgen, das waren nämlich - ich war nur bei zwei, aber die Claudia war bei einigen und ich habe mir das berichten lassen -, das waren Frontalvorträge, Ihre sogenannte Vorstellung des Gesundheitsplanes 2035 so nach dem Motto „Friss oder stirb“. Eine Einbindung der Bevölkerung gehört her und dann wird man das Eine oder das Andere wahrscheinlich auch anders machen als geplant und wird der Bevölkerung ihre berechtigten Sorgen und Ängste nehmen können. Das würde ich mir wünschen. Wenn Sie am Anfang sagen, uns sei es gar nicht um das Thema gegangen kontaminiert, Finanzierung, Gesundheitszentren. Wie kommen Sie auf das, dass es uns und der Bevölkerung nicht darum gegangen ist? Sie haben bis heute keine klare Antwort dazu gegeben, was das bedeutet. Sie wissen, da sind die alten Bahnschwellen gewaschen worden dort auf dem Areal, was ist da für ein Dreck, für Mist, für Sondermüll drinnen? Keine Antwort! Das wissen wir schon lange, da gibt es Bilder, wie das ganze Areal unter Wasser steht, keine Antwort. Auf die Finanzierung –

greift das mit den 250 Millionen oder müssen wir da durch die Kontaminierung mehr...? Das sind Antworten, die Sie einfach nicht gegeben haben. Deswegen traut Ihnen die Bevölkerung zu recht nicht. Und zum Ärztemangel - ich höre dann schon auf - sage ich Ihnen auch etwas aus einem persönlichen Erlebnis in Bad Aussee, wo ich jetzt unlängst bei dieser Diskussion war. Da hat der wirklich engagierte und ich möchte fast sagen rührige Primar Miocinovic aus seiner Erfahrung gesprochen. Und er hat dann gesagt: „Naja, mir ist es gelungen“, weil das Radl schon so unter Stress steht, dieses Ärzterad, dass man, wenn einer krank wird, das möglicherweise gar nicht mehr aufrechterhalten kann, „mir ist es gelungen, einen deutschen Kollegen zu finden, der dort jetzt bei uns tätig wird.“ Ja da frage ich Sie, da lassen Sie den Miocinovic herumgrasen, dass er Leute findet? Das wäre eigentlich die Aufgabe der KAGES. Wenn man einen Willen hat, dann findet man offenbar auch die Ärztinnen und Ärzte. Aber Sie wollen gar keine finden. Das ist für die Krankenhäuser nämlich ... (*Allgemeine Unruhe – Durcheinanderrufen der Abgeordneten*) nein, für die Krankenhäuser. Um Nachher sagen zu können: „Dort gibt es keine Leute und wir können die Krankenhäuser zusperren.“ (*LTAbg. Schwarz: „Einen so einen Blödsinn daherreden, das ist ja abenteuerlich!“*) Ja, jetzt regen Sie sich doch auf, das hat mir heute bei Ihnen gefehlt Herr Schwarz, dass Sie so ruhig waren. Jetzt habe ich Sie doch wieder ein bisschen Ihren Blutdruck in Wallung gebracht. Um zum Schluss zu kommen. Der Kollege Arnd Meißl hat ja jetzt den gemeinsamen Entschließungsantrag - und es ist gut, dass wir einen gemeinsamen haben - eingebracht. Das ist einfach jetzt auf der Tagesordnung: Zurück an den Start, einbinden der Bevölkerung, schauen, ob wir ein Leitspital brauchen - ein Leitspital, nicht ein Zentralspital. Wahrscheinlich werden wir eines brauchen, gebe ich Ihnen Recht. Wo soll das hinkommen und was machen wir, wie können wir sicherstellen, dass die anderen Spitalsstandorte erhalten bleiben, möglicherweise mit anderen Schwerpunkten als sie jetzt haben? Wenn Sie das tun, dann wird das ganze Projekt vielleicht um ein oder zwei Jahre verzögert, aber dann werden Sie die Bevölkerung auch mitnehmen. Danke. (*Beifall bei der KPÖ, FPÖ und den Grünen – 10.20 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Albert Royer von der FPÖ.

LTabg. Royer – FPÖ (10.21 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag!

Zuerst darf ich einmal sagen, für mich persönlich war das Geburtstagsgeschenk zwei Tage zu früh, ich habe gestern Geburtstag gehabt und am Sonntag das Ergebnis war natürlich traumhaft, weil die Bevölkerung nämlich auf die Regierungspropaganda nicht aufgestiegen ist. *(Beifall bei der FPÖ)* Das ist das Schöne. Mich freuen einfach zwei Sachen persönlich ganz gewaltig: Das eine ist die Wahlbeteiligung, dass wirklich so viele Leute hingegangen sind. Wir haben wirklich Bedenken gehabt, vor allem im Osten vom Bezirk. Bürgermeister Armin Forstner, St. Gallen, die Leute sind brav hingegangen. Nicht nur das Ergebnis hat für uns gepasst, sondern auch die Wahlbeteiligung in deiner Gemeinde. Das Gleiche war in der Gemeinde Landl, wo der *(Allgemeine Unruhe)* untergetauchte SPÖ-Bezirksobmann Mario Lindner Gemeinderat ist. Auch da hat die Beteiligung gepasst und das Ergebnis hat gepasst. Wogegen die Ergebnisse im Osten natürlich schon klar zu interpretieren sind. Die fahren natürlich von Admont über die Kaiserau herunter und wollen, dass Rottenmann erhalten bleibt, das möchte ich schon einmal ganz klar darlegen. Aber noch einmal zur Wahlbeteiligung. Wie gesagt, 42 % - und der Dr. Werner Murgg hat es gerade gesagt in den Vorgesprächen - ihr seid ja eine Doppelstrategie gefahren in Wahrheit. Den eigenen Parteigängern habt ihr signalisiert: „Geht hin und stimmt mit Ja“, und den anderen habt ihr gesagt drei Tage vorher: „Grundstück ist ausgewählt, Baurechtsvertrag gibt es, gebaut wird sowieso, bleibt daheim, wir ziehen das sowieso durch.“ Das hat uns natürlich Wahlbeteiligung gekostet, das ist überhaupt keine Frage nicht. Wenn man das jetzt in Summe zusammenzählt, war die Wahlbeteiligung mit 42 % wirklich gewaltig. Gewaltig für eine Befragung, wo Sie immer gesagt haben Herr Landesrat: „Es ist nicht verbindlich, es wird nicht umgesetzt.“ *(Beifall bei der FPÖ)* Es ist schon mehrfach gesagt worden, eine EU-Wahl, Landarbeiterkammerwahl, Landwirtschaftskammerwahl wird ganz spannend. Der Franz Titschenbacher, ich glaube, die Legitimation als Präsident wird von Ihnen nicht in Frage gestellt, von uns natürlich auch nicht. Aber schauen wir uns das Ergebnis an: Franz Titschenbacher, Wahlbeteiligung 38 % und gewählt haben ihn 69 %, also ein sehr ähnliches Ergebnis, wie wir es da jetzt haben. Wir haben halt 67 % und 42 %. Wir haben die bessere Wahlbeteiligung. Mit mir meine ich jetzt nicht die FPÖ, sondern alle, die sich wirklich dafür eingesetzt haben, dass wir eine gescheite Lösung oben bekommen und nicht, dass uns die drei Spitäler nach der Reihe zugesperrt werden. *(Landesrat Mag. Drexler: „Aber Aktion – was war da am Mitterberg los?“)* Am Mitterberg, ja das finde ich sehr spannend, dass Sie das

ansprechen. Ich weiß, dass Ihre Cousine oben wohnt und auch Ärztin ist, (*LTAbg. Schnitzer: „Dein Argument ist eigentlich keines.“*) dass Sie mit dem Bürgermeister Zefferer gute Kontakte haben von der SPÖ, finde ich spannend. Es ist nämlich echt interessant. Es waren 29 % gegen das Zentralkrankenhaus und 70 % dafür, (*Allgemeine Unruhe*) aber das ist vollkommen erklärbar. Brauchen wir nicht horchen, (*Präsidentin und LTAbg. Khom: „Und du?“*) es ist erklärbar. Erstens ist der Bürgermeister Zefferer einer gewesen wirklich von den fast fanatischen Läufer für die Propaganda für die Regierung. Das muss man einmal als Erstes sagen. (*Präsidentin und LTAbg. Khom: „Und du?“*) Dann muss man natürlich die geografische Lage sehen. Im Osten von meiner Gemeinde grenzt man direkt an Stainach, das sind sieben oder acht Kilometer. Ja vollkommen klar, dass unten von derer Gegend auch die Leute gegangen sind und für Stainach gestimmt haben. Nehme ich auch nicht, bin ja keinem böse, dass er so abgestimmt hat, das ist Demokratie und das ist eben wirklich gelebte Demokratie (*Beifall bei der FPÖ und den Grünen*) aber das ist ja wirklich das Spannende an der ganzen Sache. Ich habe immer die Gesamtverantwortung für den ganzen Bezirk Liezen gesehen (*Präsidentin und LTAbg. Khom: „Vertrittst du deine Gemeinde?“*) und nicht das extreme Kirchturmdenken, (*Präsidentin und LTAbg. Khom: „Ach so, deine Gemeinde.“*) was manche Bürgermeister da an den Tag gelegt haben. (*Heiterkeit bei der ÖVP und SPÖ*) Das extreme Kirchturmdenken, wo man nämlich die Leute natürlich in einen Radius von 15 km rund um Stainach dazu bewegt hat, dass sie „Ja“ gestimmt haben. (*Landesrat Mag. Drexler: „Ja, genau!“*) Dann hat man den kleinen Radius, natürlich Schladming, Aussee, ich weiß, dass das Argument jetzt gilt und Rottenmann, den kleinen Radius, haben mit nein gestimmt. Wie gesagt, der Osten vom Bezirk und die überwiegende Mehrheit von der Gesamtheit des Bezirkes und ihr habt eben nie die Gesamtheit des Bezirkes im Auge gehabt (*Landesrat Mag. Drexler: „Dann ist es ja fast unfair, wenn wir drei Standorte haben.“*), sondern immer nur die Zentralisierung in Stainach. Das Ergebnis in Summe ist ganz ein klares und für da bin ich wirklich dankbar. Ich bin dankbar, dass da nicht nur weniger wie 30 % hingegangen sind und dass wir nicht irgendein Ergebnis haben mit 53:47, weil das haben wir wirklich befürchtet. Es ist ein klares Ergebnis. Ich würde sogar sagen - ich war ja bei den ganzen Veranstaltungen vom Landesrat Drexler dann dabei - ich würde sogar sagen, Sie haben das Wort so oft verwendet, ich muss es jetzt auch einmal nehmen: Es ist ein kräftiges Ergebnis. (*Beifall bei der FPÖ und KPÖ*) Eines noch, Herr Landesrat, ich wünsche Ihnen ein langes politisches Leben, ein langes gesundes Leben als solches an und für sich, aber wenn Sie jetzt seit zwei Tagen sagen, Sie wollen jetzt die, die nicht hingegangen sind und die mit nein gestimmt

haben überzeugen für Ihre Pläne. Jetzt haben Sie seit drei Jahren mit einer Armada von Experten hintennach probiert die Leute zu überzeugen. Wenn man jetzt z.B. hernimmt - Sie wissen es, ich bin bei der letzten Landtagssitzung um ein paar Minuten zu früh gegangen, das nehme ich auf meine Kappe, ich bin Ihnen nachgefahren nach Schladming. Ich war in Schladming oben bei der Diskussion. Das war sehr, sehr spannend. Ich muss echt sagen, Herr Landesrat, Sie haben sich sehr bemüht, Sie haben sich wirklich abgemüht, Sie haben zweieinhalb Stunden, glaube ich, diskutiert mit den Leuten, Sie wollten sie von Ihrem Weg überzeugen. Sie haben die ganzen Experten aufmarschieren lassen, auch die Ärzte. Die haben ihre Position sozusagen untermauert. Die Gegenposition natürlich, da ist die eine oder andere Frage nicht beantwortet worden, (*LTAbg. Schnitzer: „Haben wir auch informiert. Das passt auch nicht.“*) wie wir es halt gewöhnt sind von den Veranstaltungen, nur was war die Folge, was ist das Ergebnis? 9 % haben Sie überzeugt von den Schladmingern – 9 %! (*Landesrat Mag. Drexler: „Immerhin.“*) Wie gesagt, ich wünsche Ihnen ein langes Leben, weil das wird eine Lebensaufgabe für Sie, den Rest zu überzeugen. (*Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen*) Genau das Beispiel Schladming zeigt ja ganz deutlich, dass es nicht legitim ist, die anderen, die nicht hingegangen sind, wo auch in Schladming über 50 % nicht hingegangen sind, dazuzurechnen zu den Ja-Stimmen. (*LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Das hat niemand gemacht.“*) Das kann man nicht machen, weil die Stimmungslage ist ihnen vollkommen klar. Der Rest von den Schladmingern tendiert eindeutig nach Salzburg. (*Präsidentin und LTAbg. Khom: „Wieso für Salzburg?“*) Die wären jederzeit dafür, mit dem Spitalsverbund mit Schwarzach oder Salzburg selber. Da sind viele deshalb nicht hingegangen, weil sie nach Salzburg tendieren, aber sie werden kaum irgendwen finden, der in Schladming für ein Zentralkrankenhaus Stainach ist. Das ist Tatsache. Daher ist es überhaupt nicht legitim, dass man die Leute da irgendwie mit einer Zahlenvoodoo da irgendwo dazurechnet. Das geht sich einfach nicht aus. So, jetzt kommen wir zu der Zukunft, weil mir dann auch die Redezeit schon davonläuft. Wichtig ist natürlich eines, und das ist das klare kräftige Ergebnis von der ganzen Sache, dass meiner Meinung nach das Zentralkrankenhaus in Stainach ein Elitenprodukt ist, das nicht mehrheitsfähig ist im Bezirk Liezen. Das ist ganz klar. Wir glauben aber, dass umgekehrt ein Spitalsverbund mit den drei bestehenden Häusern, eines von den dreien aufwerten, wahrscheinlich Rottenmann, müssten aber Experten entscheiden. (*Landesrat Mag. Drexler: „Genau!“*) Rottenmann ist natürlich derzeit das Größte (*LTAbg. Schwarz: „Der ist nicht schlecht.“ – LTAbg Eisel-Eiselsberg: „Das dürfen Experten entscheiden.“*) und hat die beste Anbindung nach Graz, das muss man auch dazusagen. Die

anderen zwei weiterführen, spezialisieren, Garantie für die anderen beiden Häuser. Bin überzeugt davon, dass diese Variante, der Plan B, wie wir gestern gesagt haben, im Bezirk Liezen mehrheitsfähig ist. Die Variante ist mehrheitsfähig. Das, was ihr tut, mit aller Gewalt durchdrücken wollt, ist sicher nicht mehrheitsfähig. In der ganzen Diskussion über die ganzen Wochen ist uns genau diese Debatte, diese Diskussion über den Spitalsverbund ist uns verweigert worden. Es hat immer geheißen: „Es gibt nur das Zentrale, alles andere gibt es nicht“, und wenn wir so weiterfahren, fahren wir gegen die Wand. Es gibt aber keinen, der so weiterfahren will. In der ganzen Debatte habe ich keinen gesehen, der gesagt hat: „Weiter wie bisher!“ Das steht überhaupt nicht zur Debatte. Das es Veränderungen und Reformen braucht, zu dem stehen wir ja auch. (*LTAbg. Schnitzer: „Du widersprichst dir in einer Tour.“*) Aber man muss das intelligenter machen und nicht mit der Brachialmethode, dass wir drei Krankenhäuser zusperren. Dann in die grüne Wiese, da möchte ich einen Satz vielleicht noch zum Abschluss sagen. Dann brauchen wir natürlich in Zukunft über Flächenfraß und Versiegelung auch nicht mehr diskutieren. (*LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Ein Wahnsinn!“*) Jetzt haben wir drei Krankenhäuser, die gut ausgestattet sind, die neu gebaut worden sind, die renoviert worden sind und dann bauen wir ein 6-ha-Areal in die grüne Wiese, tun wir wieder versiegeln, machen wir wieder alles neu. Auch für das hat es in Wahrheit keine Zustimmung gegeben. Aber wie gesagt, vielleicht darf ich mich dann noch ein zweites Mal melden in derer Debatte. Bisher einmal Danke. (*Beifall bei der FPÖ, KPÖ und Grüne – 10.31 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Nächste Wortmeldung ist Gabriele Kolar von der SPÖ.

LTAbg. Kolar – SPÖ (10.31 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben jetzt hier sehr viele Oppositionspolitiker gehört. Ich habe aufmerksam zugehört und mir ist aufgefallen: Es haben mir von einigen die Ideen gefehlt, was sie sich vorstellen, wie z.B. die KPÖ hat mir nicht plausibel heraußen erklären können, wie Sie sich das vorstellt in Zukunft, die Versorgung in Liezen. (*LTAbg. Klimt-Weithaler: „Ich war noch gar nicht am Wort!“*) Das Gleiche beim Herrn Abgeordneten Klubobmann Lambert Schönleitner. Die einzigen, die eine Idee haben, sind die Freiheitlichen von der Opposition, genau Herr Royer. Wenn ich Sie nicht hätte, dann wäre ich heute gar nicht da heraußen, weil Sie haben den Spitalsverbund, sozusagen, als Krönung hier präsentiert. Am Sonntag schon im Interview mit

der Kleinen Zeitung habe ich es gehört, der Spitalsverbund Knittelfeld/Judenburg seinerzeit, das Aushängeschild, das wollen wir auch für die Region Liezen. (LTAvg. Triller: „Das gibt es dann aber nicht mehr, weil es ein neues Spital gibt.“) Ja, denn ich habe ein bisschen in die Historie geschaut, wie das Ganze entstanden ist und ich denke, Sie haben das vielleicht nicht so genau durchleuchtet, wie dieses Spitalsverbund in Judenburg, in Knittelfeld entstanden ist. Es gab seinerzeit einmal eine Landesrätin hier im Landtag Steiermark, das ist die Beate Hartinger, jetzt heißt sie Frau Bundesminister Hartinger-Klein (LTAvg. Triller: „Die war nie Landesrätin!“ – Unruhe bei der FPÖ) Abgeordnete, ja, Entschuldigung. Bitte um Entschuldigung natürlich Abgeordnete nicht Landesrätin, jetzt ist sie Bundesministerin, Bundesministerin der Freiheitlichen Partei und auch zuständig für die Gesundheit. Ich habe das letzte Mal schon gesagt, die Frau Bundesministerin Hartinger-Klein ist ja mit euch vor ein paar Wochen durch die Lande gezogen und auf die Anfrage, was sie von diesem Leitspital hält, in Liezen, hat sie gesagt, sie verhält sich neutral. (LTAvg. Triller: „Weiter?“) Legitim, ja, aber sie müsste schon eine Meinung haben, aber sie hat ja eine Meinung gehabt zu einem Leitspital immer schon. Jetzt wissen wir auch, und ich sage Ihnen das gleich, warum die Frau Ministerin sich hier so bedeckt hält und sagt, sie verhält sich neutral. (LTAvg. Triller: „Warum?“) Als die Frau Hartinger Abgeordnete dieses Hauses war, war sie auch Gesundheitssprecherin. Sie war in diesem Haus vom 12.01.1996 bis 28.10.1999. (LTAvg. Dipl.-Ing. Staller: „Wahnsinn, vor 20 Jahren!“) Es gab damals auch in Judenburg/Knittelfeld eine Bürgerinitiative, einen Verein (LTAvg. Dipl.-Ing. Staller: „Alle?“) der sich ... die Regierung wollte den Verbund haben und es gab einen Verein, die wollten ein Leitspital haben. Alle Ärzte in Judenburg und in Knittelfeld, alle vom Pflegepersonal, alle, nur in umgekehrter Form wie heute, waren für das Leitspital und auch die Beraterin dieses Vereines der Bürgerinitiative für ein Leitspital in Judenburg. Die Beraterin für ein Leitspital in Judenburg, also im Murtal, was glauben Sie, wer die Beraterin war? (LTAvg. Triller: „Hartinger.“) Hartinger, ganz genau. D.h., die Frau Ministerin (Beifall bei der SPÖ und ÖVP) Hartinger-Klein, die Frau Bundesministerin Hartinger-Klein sagt ganz bewusst, sie verhält sich hier neutral, weil sie es natürlich weiß, dass es die beste Form ist, hier ein Leitspital in Liezen zu bauen. (LTAvg. Triller: „Aber in Judenburg, aber nicht ein Leitspital.“) Das ist einmal Fakt. Dann darf ich Ihnen auch noch vielleicht - ich habe recherchiert, es ist dann noch weitergegangen mit den Freiheitlichen -, aber ich darf Ihnen einen kleinen Auszug aus dem Jahr 1997 vorlesen: „LKH-Entscheidung“, ich rede nur von meiner Region – „LKH-Entscheidung vertagt. Noch keine Entscheidung hat die

Landesregierung in ihrer gestrigen Sitzung“, also am 21.01.1997, von daher stammt dieser Artikel, „über die Zukunft der Spitäler Knittelfeld und Judenburg gefällt. Bis kommenden Montag wollen sich die Politiker noch einmal mit dem Projekt Funktionstrennung“, so hat man das damals genannt, „beschäftigten und dann entscheiden. Wobei als sicher gilt, dass FPÖ-Landesrat Michael Schmid als einziges Regierungsmitglied gegen das umstrittene Projekt stimmen wird.“ D.h., er hat sich gegen den Verbund ausgesprochen, die Freiheitlichen. „FPÖ Gesundheitssprecherin Beate Hartinger warnt die Regierung indes vor einer gesundheitspolitischen Fehlentscheidung. Hartinger verweist auf eine Bestimmung der Weltgesundheitsorganisation, wonach der europäische Standard für ein Akutkrankenhaus sowohl eine interne und eine chirurgische Abteilung vorsehe.“ (*LTA*bg. *Meißl*: „*Das haben sie im Bund gemacht!*“) D.h., die Frau Ministerin Hartinger-Klein (*Unruhe bei der FPÖ – Durcheinanderrufen der Abgeordneten*) war damals schon so weitsichtig und hat gesagt: „Wir brauchen in Judenburg ein Leitspital!“ Damals hätte man müssen sagen, lieber zehn Jahre zu früh, als zehn Jahre zu spät. Ich denke mir, wir haben damals auch, also diese Bürgerinitiative hat damals auch - für das Leitspital jetzt allerdings - 20.000 Unterschriften gesammelt. Damals, 1994, hat es kein Facebook und keine Social Medien gegeben. Die sind herumgegangen und haben das gesammelt und ich wiederhole, die Beraterin dieses Vereines - ich habe heute noch mit dem Fussi Rudi in Judenburg telefoniert - Vater Fussi Rudi, der war der Obmann dieser Initiative und Beraterin war die Frau heutige Ministerin Beate Hartinger-Klein. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.38 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist die Klubobfrau der KPÖ Claudia Klimt-Weithaler.

LTAbg. **Klimt-Weithaler – KPÖ** (*10.39 Uhr*): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Liebe Gabi Kolar, jetzt muss ich dir schon sagen, es ist ein wenig keck, wenn ich mich als SPÖ-Vertreterin hier herausstelle und Ideen verlange von der Opposition. Ich vermisse seit wir diese neue Legislaturperiode begonnen haben, die SPÖ-Ideen nämlich zu verschiedensten Themen von euch, aber ich kann dir sagen: Wir haben Ideen. Wir haben auch immer wieder kundgetan, was wir uns vorstellen, und ich habe dir jetzt auch eine Broschüre von der KPÖ mitgebracht. Ich habe in den zehn Minuten nicht Zeit, alle unsere Ideen, sozusagen, dir noch

einmal vorzukauen, aber du kannst sie gerne nachlesen. Was mich jetzt auch ein bisschen verwundert hat, war eine Abhandlung über die Frau Ministerin Hartinger-Klein. Du kannst mir glauben, mit der habe ich massive Probleme. (*LTabg. Schwarz: „Aber mit der FPÖ macht ihr gemeinsame Sache!“*) Aber die Frage ist: Was hat das jetzt mit dem Bezirk Liezen zu tun? Wenn man jetzt auf das Murtal hinschaut, was du uns genau erklärt hast, dort ist es ja nicht so, dass es ein Leitspital gibt und alle anderen Häuser zugesperrt werden. Denn wie wäre das denn, wenn man jetzt sagen würde z.B. im Murtal: „Jetzt lassen wir nur mehr Judenburg, wir sperren Knittelfeld und die Stolzalpe, und alles was es darum gibt, zu.“ Das wäre ja das Problem. Dann hätten wir eine ähnliche Situation wie jetzt in Liezen. Gut, soviel zu dem. Jetzt zu den Antworten von Ihnen, Herr Landesrat Drexler. Also ich unterstelle Ihnen weder, dass Sie nicht für eine optimale Gesundheitsversorgung sich hinstellen und sich bemühen und Ihre Ideen haben. Ich sage auch nicht, Sie sind irgendein Verrückter aus Graz, der da im stillen Kämmerlein alleine eine Idee hatte, dass weiß ich ja. Aber, wenn Sie jetzt hergehen und sagen - dafür danke ich Ihnen ja, denn das habe ich das erste Mal von Ihrer Seite gehört, auch nicht am Sonntag von den Kolleginnen und Kollegen, den regionalen Abgeordneten von SPÖ und ÖVP: „Ja, diese Volksbefragung war ein klares Votum, ja und es ist ein Stimmungsbild.“ Es ist schon sehr genau ausgeführt worden, wie hoch diese Prozentzahl eigentlich zu sehen ist. Wovon Sie jetzt aber auch gesprochen haben und worauf ich eingehen möchte, ist: Sie haben gesagt, da seien gezielte Desinformationen gemacht worden. Welche? Bitte sagen Sie es mir. Und das kann ich für meine Person und für meine Fraktion zu 100 % ausschließen: Niemand ist von uns zu irgendeiner Veranstaltung gegangen oder hat bei einem Infostand oder sonst irgendwo eine Desinformation, also eine gezielte Falschinformation weitergegeben. Wir haben immer nur gesagt was Sache ist. Was Sache ist, ist, dass eben viele Punkte noch offen sind, die nicht geklärt sind. Das ist jetzt auch schon mehrmals ausgeführt worden. Wenn Sie jetzt sagen, lieber Herr Landesrat, es sollte unsere gemeinsame Aufgabe sein, den Bürgern und Bürgerinnen zu erklären, wie gut so ein Gesundheitszentrum ist, dann muss ich Ihnen sagen, das ist der Unterschied zwischen mir und vielleicht anderen in diesem Haus. Ich erkläre und gebe das weiter, wovon ich selbst überzeugt bin. Das Konzept dieser Gesundheitszentren hat mich eben nicht überzeugt, weil ich finde, dass das zu wenig an Grundversorgung bietet, so wie wir es uns vorstellen. Die Schließungspläne, die jetzt da am Tisch liegen, die haben mich auch nicht überzeugt. Also wieso soll ich jetzt hergehen und den Leuten sagen, so wie das die Abgeordneten von der SPÖ auch tun: „Nein, nein, das wird schon das Beste sein!“ Ich bereite mich vor und ich bilde

mir eine Meinung. Das, was ich an Fakten am Tisch habe, das reicht mir nicht aus, das reicht meiner Fraktion nicht aus. Ich weise noch einmal daraufhin, dass Sie auf der einen Seite hergehen und sagen, schon von den Abteilungen erzählen, die jetzt an den einzelnen Standorten sind, oder die es im Leitspital geben wird, und gleichzeitig sagt der Herr Landesrat Lang - auch ein Zeichen, er jetzt nicht da, für Finanzen zuständig - „Naja, ich weiß noch gar nichts!“ Wir haben einmal gesagt, wir machen das, aber wie genau und von welchen Abteilungen hat er das letzte Mal - kann man im Protokoll der letzten Landtagssitzung nachlesen - nichts gewusst. Wenn Sie sagen, Herr Landesrat, wir wollen - wir, die Opposition, will weiterwurschteln -, dann muss ich auch noch einmal darauf hinweisen: Niemand hat behauptet, es soll alles so bleiben wie es ist. Wenn Sie sich jetzt hinstellen und sagen, wir wollen das, dann machen Sie eine gezielte Falschinformation und dazu möchte ich auch zurückgreifen. *(Beifall bei der KPÖ, der FPÖ und den Grünen)* Das bin ich eigentlich gar nicht gewohnt von Ihnen: Sie stellen alle, die mit Ihrer Meinung und mit Ihren Plänen nicht d'accord gehen, einerseits als Verhinderer hin. Sie sagen: „Das sind alles Politiker und Politikerinnen die keine Ahnung haben, die sich überhaupt nicht auskennen“, *(LTAbg. Schnitzer: „Wir haben das nicht gesagt.“)*, „und die das alles nur aus wahltaktischen Gründen machen.“ Das haben Sie gesagt, ich habe genau zugehört. Jetzt sage ich Ihnen auch etwas, Herr Landesrat, Sie kennen mich und Sie kennen die KPÖ seit vielen Jahren hier in diesem Haus, genau genommen seit 2005, und wenn Sie ganz ehrlich sind, dann müssen Sie auch zugeben, dass wir hier immer sehr konsequent und sehr genau gearbeitet haben. Sie kennen unsere Art, wie wir Politik machen und ich weiß, Sie haben es sogar hin und wieder auch schon gesagt, Sie schätzen ja das Eine oder Andere durchaus an uns. Wir bilden uns eben eine Meinung auf Grund von Fakten, auf Grund von Gesprächen und wir stehen dann halt auch zu dem. Das ist auch etwas, was uns von vielen in diesem Haus hier unterscheidet, dass wir da keinen Schlingkurs machen und einmal so und einmal so. Ich darf auch daran erinnern, uns wurde ja schon in all den Jahren davor immer wieder vorgeworfen: „Das ist alles Populismus, was ihr macht, ihr tut die Leute verunsichern, ihr tut alle aufhetzen!“ Ich darf Ihnen jetzt drei kurze Beispiele nennen, wo uns das auch vorgeworfen wurde, was dann interessanterweise ganz einen anderen Ausgang hatte. Erstes Beispiel: Abschaffung des Angehörigenregresses in der Steiermark. Wie wir uns hierhergestellt haben und gesagt haben, das kann es nicht sein, wir ruinieren hier Existenzen, ja was musste ich mir da anhören. „Um Gottes Willen, die KPÖ tut Leute aufhetzen, ihr tut sie verunsichern, alles nicht wahr.“ Einige Zeit später und vielleicht auch 20.000 Unterschriften später: Wer hat denn den

Angehörigenregress dann in der Steiermark abgeschafft? Die Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ und von der ÖVP, also sind wir anscheinend nicht so falsch gelegen. Beispiel zwei: Plattform-25-Gründung damals, wie es geheißen hat, zu viel Butter am Brot, minus 25 % müssen in allen Ressorts gekürzt werden. Wir haben die Zivilbevölkerung organisiert, es hat riesige Demonstrationen gegeben. Uns wurde hier vorgeworfen, habe ich noch gut im Ohr, besonders der Kollegin Lechner-Sonnek und mir, wir tun nur Leute aufhetzen und es ist alles ein Wahnsinn. Was ist passiert? Es gab eine Nachbesserung im Behindertenbudget. Ja, warum denn, wenn eh alles so super war? Zweites Beispiel: Die von uns damals scharf kritisierte Kürzung in der Arbeitsassistenten. Hat die Kollegin Kampus erst vor kurzem auch kritisiert. Drittes und letztes Beispiel: Wohnunterstützung. Wir haben von Anfang an gesagt, es ist Wahnsinn, wenn ihr die Familienbeihilfe einrechnet als Einkommen. Großes „Bahö“: „Die KPÖ ist schon wieder ganz grauslich und kennt sich überhaupt nicht aus.“ Was ist? Inzwischen haben wir einen eigenen Betrag, der genau das wieder herausnimmt. Man bekommt nämlich diesen Familienbeihilfebetrag anderweitig ersetzt. Also, wenn wir jetzt die Spitalspläne im Bezirk Liezen kritisieren, dann tun wir das nicht aus Jux und Tollerei, sondern, weil wir uns auch schlau gemacht haben, weil wir auch mit Menschen gesprochen haben und weil wir einfach nicht einsehen, warum man nicht hergehen kann und sagen kann: „Okay, wir haben hier drei bestehende Häuser, versuchen wir die so zu reformieren, dass wir nichts zusperren müssen.“ Das wäre durchaus möglich, wenn der politische Wille da ist. Denn uns liegen die Sorgen der Menschen mindestens genauso am Herzen wie Ihnen und ich mag mir nicht unterstellen lassen, dass Sie jetzt sagen: „Ihr habt da alle nur eine Landtagswahl oder sonst etwas im Auge“, denn genau das, was Sie von sich weisen, will ich auch nicht, was Sie uns unterstellen. Die Menschen haben im Bezirk ein Recht darauf, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter ihre Meinung auch ernst nehmen. Am 07. April ist im Bezirk Liezen eben eine Volksbefragung vonstattengegangen, wo ein sehr deutliches und klares, kräftiges Votum gesetzt wurde. Wenn man jetzt aber hergeht und sagt: „Das ist uns alles wurscht, es geht jetzt nur darum die Leute davon zu überzeugen, dass ja wir trotzdem die Gescheiterten sind“, dann haben Sie wirklich etwas nicht verstanden. *(Beifall bei der KPÖ)* Dann haben Sie es nicht verstanden, wie man einen Willen einer Bevölkerung letztendlich wirklich ernst nimmt. Ich möchte noch auf den, ich weiß jetzt nicht, der Herr Landeshauptmann ist jetzt leider nicht mehr da oder ich sehe ihn gerade nicht, abschließend noch eines sagen: Sie können sich noch gut daran erinnern, wie wir hier viele ausgiebige Debatten auch zu den im Raum stehenden Olympischen Spielen in der Steiermark gehabt

haben. Wir haben davor gewarnt und haben gesagt: „Um Gottes Willen, das ist reines Geldrausschmeißen, das, was wir da zurückbekommen, das rentiert sich nicht, bitte machen wir das nicht!“ Der Herr Landeshauptmann und Sie, Herr Landesrat Drexler, haben irgendwann einmal die Notbremse gezogen und haben gesagt: „Machen wir doch eine Volksbefragung dazu in der ganzen Steiermark, denn wenn wir so viel Geld ausgeben“, (Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte zum Schluss zu kommen.“) ja, letzter Satz, „dann wollen wir ...“ (Landesrat Mag. Drexler: „Ich frage Sie: Was glauben Sie, hätte eine Volksabstimmung im Raum Liezen gebracht?“) – meine Redezeit ist erschöpft, meine Redezeit ist erschöpft, wenn Sie mich unterbrechen, ich muss noch einen Satz sagen. Das Problem ist, dass Sie damals gesagt haben, eine Volksbefragung ist rechtlich nicht bindend, das wissen inzwischen alle, aber das Ergebnis hat einen gewissen politischen Druck, den sollten wir ernst nehmen. Also nehmen Sie sich selbst beim Wort und nehmen Sie die Bevölkerung ernst. (Beifall bei der KPÖ und FPÖ – 10.50 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Frau LTAbg. Holasek.

LTAbg. Mag. Dr. Holasek - ÖVP (10.50 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, Landesräte, geschätzte Frau Landesrätinnen, geschätzter Hoher Landtag!

Auch ich habe gut zugehört, und das ist wichtig und notwendig hier in diesem Haus. Uns allen ist es wichtig, heute genau hinzuhören. Wir sind verantwortlich für die Entwicklung dieses Landes und wir sind auch verantwortlich, dass die Gesundheitsversorgung in diesem Land in entsprechende Entwicklung geht. Der Fortschritt der Medizin geht uns nämlich alle an. Wenn wir hinschauen, genau, und sehen, dass das Wissen in manchen Fächern der Medizin sich alle fünf Jahre verdoppelt, dann wird auch klar, dass wir uns neu aufstellen müssen und die Zukunft gemeinsam stark anpacken müssen. Dazu kommt, dass unsere Gesellschaft sich verändert, unter anderem auch, weil die Medizin sich verbessert. Vor hundert Jahren war das Durchschnittsalter unserer Gesellschaft 40 Jahre, heute werden wir im Schnitt 80. Daraus ergeben sich auch neue medizinische Aufgaben, nicht nur Chancen, Multimorbiditäten, gleichzeitig auftretende Erkrankungen bei einer Person und damit haben wir ein Phänomen, das die Struktur in der Behandlung, aber auch in der Ausbildung neu denken lässt. Es gibt für unsere Krankheiten, die uns alle hin und wieder betreffen, Klassifizierungsraster. Und diese Systeme, die gibt es erst seit hundert Jahren. Erst hundert Jahre lang wissen wir, woran es uns fehlt und diese Raster werden alle zehn Jahre neu

definiert. Auch das zeigt uns, der unglaubliche Fortschritt in der Medizin ist wirklich ganz, ganz effizient aufzugreifen. Das gibt uns Möglichkeiten, die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern und das Leid zu vermindern. Es braucht also Fächervielfalt für eine verantwortungsvolle Politik im Gesundheitswesen und die gute medizinische Versorgung auch im Bezirk Liezen, aber auch im Rest des Landes, braucht ein therapeutisches Angebot, das breit gefächert ist, fundiert aufgesetzt ist, zum einen, und zum anderen aber auch die Möglichkeit zur Ausbildung von jungen Ärzten und Ärztinnen, die ihre Zukunft dort leben wollen, gemeinsam mit der Bevölkerung den Standort auch zu einem lebenswerten Standort machen wollen. Und wenn Sie sich da Beispiele anschauen in der Ausbildung eines Arztes, am Beispiel der Chirurgie, wenn ein Chirurg ca. 50 Mal einen Blinddarm operieren muss, um seine Ausbildung zu erreichen, dann ist klar, dass ein Krankenhaus mit mindestens hundert Fällen pro Jahr hier eine adäquate Aufstellung braucht. Und wenn wir uns jetzt den Plan für das Leitspital Liezen anschauen, dann sehen wir hier, dass zehn Fachbereiche, Schwerpunktbereiche hier geplant sind. Fachbereiche, therapeutische Bereiche, die die beste Versorgung für jeden einzelnen, der dort eingeht, garantieren sollen. Das beginnt bei unseren Kindern, ambulante und stationäre fachärztliche Betreuung von Kindern, das geht hinein in ambulante Neurologie, und wenn wir uns die Zahlen in der Steiermark anschauen von Schmerzpatienten, wo 200.000 Personen leiden und nicht nur körperlich, sondern auch seelisches Wohlbefinden da ein Thema ist, dann ist klar, dass solche neuen Schwerpunkte, und diese ambulante Neurologie in Liezen wird so ein Schwerpunkt sein, ganz, ganz wichtig sind. Oder Akutgeriatrie, Remobilisation, speziell für die Beweglichkeit von älteren Menschen, oder die Chirurgie, oder die Gynäkologie und Geburtshilfe mit adäquaten Frequenzen und damit auch der entsprechenden Qualität für Mutter und Kind. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Innere Medizin, inklusive Dialyse, auch die Dialysepatienten steigen in der Zahl und geben neue Möglichkeiten für Individuen mit diesen schweren medizinischen Problemen, Orthopädie, Traumatologie, Palliativmedizin, die Begleitung von Sterbenden, Radiologie, bis hin in die Intensivmedizin. Ein ganz spezielles Fach, wo lebensbedrohliche Krankheiten adäquat hier aufgegriffen werden, ob es jetzt Herz-Kreislauf-Probleme oder Infektionen, wie Lungenentzündung, sind. Das neue Leitspital ist auch keineswegs ein Minispital. 226 Betten, das ist nicht mini, und die Größe und Bedeutung dieses Hauses wird aber nicht nur an der Bettenzahl festgemacht sein, international ist die Entwicklung so, dass man auf Fast-Track-Behandlungen vermehrt setzt, das sind spezielle Behandlungen, wo verkürzte Aufenthaltszeiten in den Krankenhäusern entstehen. Wer von uns ist schon gerne

länger im Krankenhaus. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* All das wird in Liezen gelebt werden und international auch in einem Level passieren, der uns stolz machen wird. Es ist nicht nur das Leitspital, das wurde heute ja schon mehrmals besprochen, es geht um den ganzen konzeptuellen Verbund und die Gesundheitszentren sind da starke Säulen drin. In Admont, Liezen, Rottenmann und Schladming wird es eines geben. In Bad Aussee, mit fachärztlicher Einbindung, und in der Region Eisenerz, noch ganz speziell, in einer Netzwerkvariante, wo auch verschiedene Persönlichkeiten unterschiedlicher Fächer in einem neuen Strukturplan auch miteinander arbeiten werden. Dazu aber zusätzlich haben wir auch 26 Hausärzte dann vor Ort und 24 Fachärzte. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wie funktioniert so ein Zentrum? Der große Vorteil ist auch für die Betroffenen, die dort arbeiten, immer mehr Ärzte und Ärztinnen sind weiblich, d. h., wir brauchen Modelle, wo Teilzeit möglich ist, wo Teamarbeit möglich ist und ein Ineinandergreifen von verschiedenen Disziplinen möglich ist. Alle Gesundheitsberufe werden ineinander greifen und sich gegenseitig unterstützen, ob das jetzt die Krankenschwester ist, der Physiotherapeut, die Diätologin, die Hebamme, oder auch Psychotherapeuten. Und das Ganze passiert jetzt nicht ohne eine Vorgeschichte oder eine Vorentwicklung, Beispiele für Gesundheitszentren, erfolgreiche Beispiele haben wir bereits, in der Steiermark sind es fünf an der Zahl, Mariazell, statt dem ehemaligen Spital, Eisenerz, statt dem ehemaligen Spital, Vorau, auch am Standort des vorigen Spitals, *(LTAbg. Meißl: „Was ist dort erfolgreich? Das sind jetzt zwei Altersheime!“)* Weiz und Graz, alle erfolgreich für Patienten und Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* 24 Facharztzentren. Warum Facharztzentren? Auch hier geht es um den Zusammenschluss von Kompetenzen, Zusammenschluss von Experten und Expertinnen, mit dem Ziel, auch den Patienten längere Wege zu ersparen und eine bessere, ärztliche, therapeutische Versorgung anbieten zu können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Facharztzentren werden in Rottenmann und Schladming sein. Bad Aussee wird ein Gesundheitszentrum mit fachärztlicher Erweiterung haben. Es wurde auch heute angesprochen, wie viele Unterstützer es zu diesem Konzept gibt. Verantwortungsträger vor Ort der medizinischen Versorgung, das sind Persönlichkeiten, die den Einblick haben, wie Systeme funktionieren müssen, die den Einblick haben, welchen Fortschritt auch Medizin und Therapie heute darstellen. Aber es sind nicht nur diese Experten vor Ort, sondern es sind auch Verantwortungsträger der Ausbildung der Ärzte, ob das jetzt die Ärztekammer ist, oder auch der Rektor der Medizinischen Universität, und viele, viele weitere Experten und Expertinnen, die sich klar für das Leitspital aussprechen, aber mehr noch die von uns diese zukunftsorientierte Weiterentwicklung des

Gesundheitssystems einfordern. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Damit, meine Damen und Herren, gilt es wohl weiterhin, Ärzte, Ängste und Fragen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, die Informationskultur zu stärken, weiter auszubauen, wie unser geschätzter Herr Landesrat es ja immer wieder anspricht, und dieses gemeinsame ermöglichen moderner Medizin ist für uns alle, aber auch für unser Land, ganz, ganz wichtig. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg weitergehen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.00 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Klubobmann Mag. Stefan Hermann.

LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (11.00 Uhr): Danke sehr, Frau Präsidentin, sehr geschätzter Herr Landeshauptmann, werde Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werde Zuseher!

Kurz einen Satz zur Abgeordneten Kolar. Ich schätze dich wirklich sehr, wir haben nach der letzten Debatte da noch etwas diskutiert, du hast mir deine Argumente nahegelegt, das ist ja gut. 20 Jahre alte Zitate, ohne sie jetzt genau zu kennen, von der damaligen Abgeordneten Hartinger-Klein, die sich offensichtlich für ein Leitspital ausgesprochen hat, nichts Anderes tun wir hier, sind anlässlich der heutigen Debatte als Störfeuer in irgendeiner Art und Weise zu qualifizieren. Erstens sind sie 20 Jahre alt, die Zitate, außerdem hätte die Hartinger-Klein niemals, niemals 70 % der Bürger ignoriert in einem Bezirk *(Beifall bei der FPÖ)* und sich gegen die Bevölkerung gestellt. *(LTAbg. Kolar: „20.000 Unterschriften!“ - LTAbg. Schwarz: „Millionen!“ - LTAbg. Triller, BA: „Welche Millionen?“)* Sie können sich nachher alle gerne zu Wort melden, es versteht keiner irgendein Wort. *(LTAbg. Khom: „Damit habt aber ihr begonnen!“)* Auch die Debatte darum, wer in welcher Gemeinde seine Bevölkerung besser überzeugt hat, oder nicht, tut nichts zur Sache, denn gemessen, in St. Gallen wurde nicht überzeugt, gemessen werden die Damen und Herren hier, und die Bürgermeister vor Ort, wie sie mit diesem Volksentscheid, mit diesem klaren Votum umgehen. Die Vergangenheit, wer jemanden besser überzeugt hat, ist egal. Es geht darum wie man damit umgeht und da, lieber Kollege Schnitzer, seid ihr am Holzweg. Das sage ich dir auch. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen)* Und ich habe bei der Begründung unserer Dringlichen Anfrage, als auch bei den Diskussionen, die wir geführt haben, Herr Landesrat, sei es im ORF, oder bei eurem Dienststalk, wo ich auch immer versucht habe, mit wenig Emotionen, unaufgeregt, ruhig und sachlich zu argumentieren. Das wirst du mir hier nicht absprechen können. Und leider, leider,

sind Sie heute bei der Beantwortung einen anderen Weg gegangen. Und da möchte ich ein bisschen darauf eingehen, obwohl schon Vieles gesagt wurde. Sie haben uns sinngemäß unterstellt, wir würden Ängste schüren, Panik machen, und Falschinformationen verbreiten. Ich verwehre mich gegen den Vorwurf des Panikmachens und des Ängsteschürens entschieden, denn ich war für die Kampagne, für diese Inserate, die wir geschaltet haben, da komme ich übrigens auch noch darauf zurück, auf die Inseratenantwort in der Anfrage, ich war dafür verantwortlich und ich möchte Ihnen dieses Sujet auch zeigen, (*Zeigt ein Papier, wo darauf steht, „Bürger fragen statt drüberfahren“*) ich weiß nicht, in welcher Welt so ein Sujet, wo wie für eine Volksbefragung geworben wird, Panik und Ängste schürt, definitiv war das nicht der Fall. (*Beifall bei der FPÖ*) Kommen wir zum „Drüberfahren“, Herr Kollege Schnitzer, weil ich glaube, du hast das gerade dazwischen gerufen, (*LTabg. Schnitzer: „Ich habe es nicht gesehen!“*) und Sie haben dann referiert über die direkte Demokratie und Sie sollten dieses Referat über direkte Demokratie vielleicht innerhalb der ÖVP auch halten, denn 64 zwangsfusionierte Gemeinden, gegen anderslautende Volksentscheide, sprechen für das Demokratieverständnis, das Sie auch an den Tag legen. (*Beifall bei der FPÖ*) Sie sprechen von einem Instrument nach dem (*LTabg. Khom: „Das ist ein Faktum!“*) Frau Präsidentin, bitte, (*LTabg. Schnitzer: Das ist der Unterschied, Vergangenheit!“*) Sie sprechen von einem Instrument der direkten Demokratie nach dem Volksrechtegesetz, von einer staatlichen Meinungsumfrage. Das zeigt, wie viel Wertschätzung Sie diesem wichtigen Instrument auch entgegenbringen. Sie sinnieren darüber, ob die Freiheitliche Partei jemals regieren wird. Ich bin sehr froh, dass das nicht Sie entscheiden, sondern der Wähler und vielleicht auch noch der Landesparteiobmann der ÖVP, der Sie noch nicht sind, obwohl Sie ja scheinbar im Hintergrund daran arbeiten sollten. (*Beifall bei der FPÖ*) Sie sind dann zur Beantwortung unserer Fragen gekommen. Sie haben das in einer süffisanten Art und Weise gemacht, Sie haben die Anfrage lächerlich gemacht, Sie haben sie nicht ernst genommen und ich schätze Sie wirklich als Politiker, aber Kollege Murgg hat es auch schon angesprochen, in dieser Beziehung haben Sie abgehoben wie ein Raumschiff agiert, und das hat hier auch nichts verloren. (*Beifall bei der FPÖ*) Und in dieser Selbstgefälligkeit, wie Sie diese Fragen beantwortet haben, haben Sie offensichtlich nicht einmal die Anfrage gelesen, denn Sie haben sich darüber lustig gemacht, dass wir nach Erhebungen fragen würden in dieser Anfrage. Also ich muss Sie fragen, das Wort Erhebungen kommt in den Fragen nicht einmal vor. Soviel zur Ernsthaftigkeit, mit der Sie an diese Anfrage herangegangen sind. Und dann, und da möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, das zu beantworten, weil sonst werden wir es schriftlich mit

einer Schriftlichen Anfrage auch einfordern, als es um die Werbemaßnahmen und Inserate der KAGes auch ging, (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Ja sicher steht es da drinnen!“*) haben Sie behauptet, (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Ja sicher steht es da drinnen!“*) aber nicht die Erhebungen mit den Landesregierungsmitgliedern in dem Zusammenhang, in dem es gesagt wurde, (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Mitglieder der Landesregierung steht drinnen bei der Frage 4!“*) Dann hören Sie sich an, (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Steht drinnen!“*) auf jeden Fall haben Sie gesagt, auf die Frage nach den Kosten der Werbemaßnahmen: „Es gibt einen Flyer vom Gesundheitsfonds, es gibt einen Flyer vom Gesundheitsfonds, und weil sie gerade bei falsch sind, es gibt einen Flyer des Gesundheitsfonds, ich werde danach darauf eingehen, Sie haben gesagt, es gab keine weiteren Inserate. Ich darf Ihnen zwei Inserate der KAGes auch zeigen, eines vom 4. April in der Kleinen Zeitung, eines vom 6. April in der Kleinen Zeitung, wo die KAGes auch im Impressum aufscheint, also das sind sehr wohl Maßnahmen, Kosten, die offensichtlich entstanden sind, außer die Ärzte haben das selbst bezahlt. Kommen wir noch einmal zu den Erhebungen, Frau Kollegin, weil Sie da ganz aufgeregt auch sind, (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: Das ist eine Lüge!“*) Nein, es ist keine Lüge, Sie können mir nicht die Lüge unterstellen. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Lesen wir es vor, lesen Sie es noch einmal vor!“*) Im Zusammenhang, wie es der Herr Landesrat Drexler beantwortet hat, nämlich die Erhebungen im Zusammenspiel mit den anderen Landesräten und den Gesprächen, das steht so nicht in der Anfrage. Dann lesen Sie es bitte sinnerfassend und hören sich die Antwort an. (*Präsidentin Khom: „Ich muss Sie kurz unterbrechen und der Frau Kollegin Pichler-Jessenko einen Ordnungsruf erteilen. Das Wort Lüge wird in diesem Haus bitte nicht verwendet, danke!“ - Beifall bei der FPÖ*) Danke schön, Frau Präsidentin, abschließend mein Appell an Sie, Herr Landesrat, an alle Mandatäre, gehen Sie in sich, hören Sie auf die Bürger, erarbeiten Sie einen Alternativplan, seien Sie das, was Sie vorgeben zu sein, nämlich Volksvertreter. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ – 11.07 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Michaela Grubesa. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTabg. Grubesa – SPÖ (11.07 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Mitglieder der Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende und Zusehende!

Ich habe jetzt sehr genau zugehört und habe feststellen müssen, dass sämtliche, aber wirklich jedes einzelne Oppositionsmitglied herausgegangen ist, und dem Landtag, und dieser Regierung unterstellt hat, wir nehmen die Stimmen der Bevölkerung nicht ernst. Jetzt möchte ich Ihnen schon folgenden Unterschied erklären: Es ist ein Unterschied, ob wir mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen, über deren Seriosität, über deren Stimmungsbild, oder ob wir der Freiheitlichen Partei und auch den Kommunisten, speziell angesichts dieses Zusammenschlusses unterstellen, unseriös zu sein. Das sei Ihnen gesagt. Und, dass wir mit der Bevölkerung nicht sprechen, das wissen Sie ja überhaupt nicht, weil der Kollege Royer, z. B., sehr wohl einer ist, der daheim im Bezirk sagt, die in Graz da unten, die kennen sich bei uns nicht aus im Bezirk, die beschließen da irgendetwas über eure Köpfe hinweg, (*LTA*bg. *Triller, BA: „Anscheinend ist es so!“*) Und was macht Ihr? Ihr „packelt“ da mit lauter Grazer Abgeordneten, die sich herausstellen und uns erzählen, wie das Gesundheitssystem im Bezirk funktioniert. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Na, Entschuldigung. Im Übrigen, Herr Kollege Royer, ist es auch ein Unterschied, wie man mit der Bevölkerung kommuniziert. Weil wir haben sehr wohl mit der gesamten Bevölkerung - und wir haben da einen Nachholbedarf, das stimmt, wir sind noch lange nicht fertig mit unseren Gesprächen - versucht, zu kommunizieren, nämlich wie? Ich war z. B. nach der Volksbefragung, um zusätzlich aufzuklären, im Wirtshaus unterwegs. Das, glaube ich, ist etwas Normales in unserer Region. Ich habe beispielsweise auch alle 16 Pflegeheime in unserem Bezirk, weil das ja auch Teil unseres Gesundheitssystems ist, besucht und mich dort mit allen Bediensteten, von der Führungsebene, bis zur Haustechnik hinunter, unterhalten, Sie hingegen kommunizieren lieber über Inerate. Aber ich finde, das ist auch ein Ausdruck Ihres politischen Stils und das drückt genauso aus, was Sie damit bewirken möchten, nämlich Unsicherheit und kein ehrliches Interesse an der Meinung der Bevölkerung im Bezirk Liezen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und Kollege Royer, als du da herausgekommen bist, ich weiß nicht, warst du nicht ideal vorbereitet, ist dir das ausgerutscht oder findest du das wirklich lustig, in deiner Gemeinde, und für alle Kolleginnen und Kollegen, die es nicht wissen, war der Herr Kollege Royer Vizebürgermeister, haben 70 % der Bevölkerung (*LTA*bg. *Mag. Hermann: „Und wer ist in Liezen Bürgermeister?“*) für das Leitspital gestimmt. Und dann besitzen Sie die Absurdität, sich hierhin zu stellen, und den Kollegen Forstner anzugreifen, und den Landesrat Drexler anzugreifen und uns, oder mich in Bad Aussee anzugreifen und uns zu sagen, dann nehmen Sie die Bevölkerung ernst. Na, Herr Kollege, 70 % Ihrer eigenen Bevölkerung in Ihrer Heimatgemeinde befürworten ein Leitspital. Nehmen Sie diese Menschen ernst?

(LTabg. Mag. Hermann: „Nehmen Sie es ernst?“ - Beifall bei der SPÖ und ÖVP - LTabg. Mag. Hermann: „Noch selektiver kann man gar nicht vorgehen!“) Im Übrigen bin ich sehr froh, dass immer die Ortsparteien erwähnt werden bei uns im Bezirk. Es stimmt nämlich, es waren 51 % wählen in Bad Aussee, im Ausseerland, ein ähnliches Verhältnis, und ich bin sehr froh darüber. Das Ausseer Land ist eine Widerstandskämpferregion, da haben die Menschen nicht vergessen, wie man Widerstand leistet zu unterschiedlichen Themen und die, die länger in diesem Haus, in diesem Landtag sitzen, die wissen das ja. *(LTabg. Mag. Hermann: „Aber Sie haben es offensichtlich nicht gelesen!“)* Ich bin sehr froh, dass sie dorthin gehen und Widerstand leisten, aber werte Herren Kollegen und Frauen Kolleginnen von der Freiheitlichen Partei, zumindest haben wir, die ÖVP und die SPÖ, Ortsparteien, mit denen sie diskutieren können, im Gegensatz zu Ihnen im Bezirk Liezen. *(LTabg. Triller, BA: „Aber wie lange noch?“ - Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und ich unterstelle Ihnen ebenfalls, dass genau das, dieser Umstand, dass Sie weder Bürgermeister, noch Strukturen, also offensichtlich in Mitterberg ja überhaupt nicht freiheitlich besitzen in unserer Region, in unserer wunderschönen, der Anlass dafür sind, dass dieses Volksbegehren gestartet wurde. Weil wenn Sie sich wirklich *(LTabg. Dipl.-Ing. Staller: „Volksbefragung!“)* dafür interessiert hätten, dann hätten Sie das vielleicht vor dem Beschluss im Landtag gemacht, und nicht erst unmittelbar nach dem Schneechaos, wo Sie den Menschen erzählt haben, wie soll denn da die Rettung jetzt fahren, und die B 320, und alles ist so furchtbar und alle werden sterben. Auch interessant, und das hat noch niemand erwähnt, geht auf Twitter und unterschiedlichen anderen sozialen Medien, Plattformen, eine Statistik herum, die untersucht hat, die Wahlmotive zu eben dieser Befragung in unserem Bezirk. Und siehe da, das Wahlverhalten der Gemeinden wurde in Relation gesetzt fast ausschließlich zu den Fahrzeiten zum entsprechenden Haus. Das heißt, die Inhalte müssen kommuniziert werden, müssen viel stärker kommuniziert werden, als diese Platitude, die Sie verbreiten die ganze Zeit, es ist wichtig, dass das Krankenhaus vor der Haustür steht, *(LTabg. Mag. Hermann: „Sie konnten nicht einmal Ihre Ortspartei überzeugen!“)* uns ist wichtig in der Koalition und in der Regierung, dass der Inhalt des Leitspitals und der drei anderen Häuser funktioniert, und nicht die Entfernung dazu, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und was Ihnen am meisten stinkt, ist doch, dass wir in der Regierung die Straßen bauen, die Schulen sanieren, die sozialen Einrichtungen unterstützen, uns Gedanken über das Gesundheitssystem machen und, dass Sie nicht hier oben sitzen, sondern ganz weit hinten, liebe Freiheitliche Partei und wenn es Ihnen ernst ist, und das sagt der Kollege Royer auch

immer wieder, mit den Arbeitsplätzen im Bezirk, dann möchte ich Sie gerne motivieren und aufklären darüber, dass Ihr idenditäreaffiner Minister gerade 100.000 Überstunden bei der Polizei gestrichen hat. (*LTabg. Schwarz: „Das ist dein Freund, dein Freund!“*) Und uns im Bezirk 19 Planstellen fehlen. (*LTabg. Triller, BA: „Die haben vorher schon gefehlt!“*) Also wenn Sie einen Auftrag gerne hätten, dann würde ich Ihnen das gerne weitergeben, da geht es um ganz wichtige Arbeitsplätze, aber auch um die Gesamtstruktur im Bezirk Liezen, um die Sie sich nicht kümmern und um die Sie sich noch nie gekümmert haben. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Ich wünsche Ihnen dabei alles, alles Gute. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.14 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Peter Tschernko. Bitte schön, Herr Abgeordneter

LTabg. Tschernko, MSc – ÖVP (11.14 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Landesrätinnen und Landesräte, Kolleginnen und Kollegen, und auch Zuhörerinnen und Zuhörer via Livestream! Der Kollege hat gemeint, ich soll jetzt wieder einmal einen sachlichen Beitrag bringen, das werde ich wahrlich machen, denn ich möchte ein bisschen zurück an den Start gehen und doch auch ein wenig auf die Spuren zurückführen, warum wir heute auch hier um die Gesundheitssysteme und unser Gesundheitssystem in der Steiermark und zum Gesundheitsplan 2035 diskutieren und ich möchte da nicht, und habe es auch nicht notwendig, wir brauchen da nicht als Oppositionspartei punkten, daher möchte ich hier eher einen sachlichen Beitrag leisten. Wenn wir jetzt zurückgehen auf die europäischen Gesundheitssysteme, so stehen sie alle vor den gleichen Herausforderungen, oder ähnlichen, wie sie hier in Österreich sind, oder hier in der Steiermark. Wie können wir angesichts, und viele VorrednerInnen haben es ja heute auch schon angesprochen und auch der Herr Landesrat, wie können wir angesichts der technologischen Fortschritte und der Entwicklung, der veränderten Bedürfnisse der Gesellschaft, und noch dazu einer sehr alternden Gesellschaft, meine Damen und Herren, entgegenwirken. Das bedeutet, und die Kollegin hat es auch angesprochen, Krankheitsbilder ändern und verändern sich, Behandlungen verändern und ändern sich, und wie können wir diesen Menschen und uns die bestmögliche Versorgung zur Verfügung stellen, insbesondere den Steirerinnen und Steirern. In Österreich, und auch in der Steiermark steht unser Gesundheitssystem hier noch vor einer besonderen Herausforderung. Wenn wir uns jetzt international, aber auch teilweise auf der europäischen Ebene vergleichen, so sind wir hier auch zu sehr bettenlastig und sektoral auch ganz, ganz

stark zergliedert und zersplittert und das führt uns eben zu Herausforderungen, wo wir eben den Auftrag verantwortungsvoll auch ernst genommen haben und aufgenommen haben und den Steirischen Gesundheitsplan 2035 erstellt haben. Ein langer Prozess, und da kann jetzt niemand behaupten, dass da die Informationen nicht gelaufen sind, weder hier, noch draußen bei der Bevölkerung, hier hat es unzählige Presseberichte, Artikel, gegeben, Veranstaltungen gegeben in den Regionen, mit dem Landesrat vor Ort, und vieles mehr. Und wenn ich auf die Bettenlastigkeit zu sprechen komme, dann möchte ich mich, oder sollten wir uns mit Schweden vergleichen, österreichweit. Die haben pro 100.000 Einwohner 457 Betten, und wir haben über 1300 Betten in Österreich. Das zeigt, dass es fachlich notwendig ist, hier Strukturen auch zu verändern und zu ändern und so eine Veränderung haben wir mit dem Leitspital in Liezen und den Regionen, oder insgesamt in der Steiermark, gemacht, diese Strukturen zu verändern. Unser Zugang, meine Damen und Herren, ist die bessere Gesundheitsversorgung für alle Steirerinnen und Steirer. Die soll gesichert sein und muss auch gewährleistet sein, und sie basiert auf Daten und Fakten. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wir verwalten nicht, wir gestalten und wir übernehmen Verantwortung. Und Verantwortung übernehmen heißt in der Steiermark, und ich komme noch einmal auf den Gesundheitsplan 2035 zurück, dass wir die Gesundheitsversorgung näher an die Menschen bringen wollen und müssen, niederschwelligere Angebote anbieten, und jetzt die Primärversorgungszentren oder Gesundheitszentren geplant haben, auch heute schon erwähnt, wir haben fünf in der Steiermark, die bestens funktionieren, die in Betrieb sind, bitte erkundigen Sie sich, fahren Sie in die Gesundheitszentren und erkundigen Sie sich vor Ort, ergänzend auch zu den Hausärzten und auch den Fachärzten. Meine Damen und Herren, und Herr Klubobmann Hermann, wenn du jetzt sagst, dass wir miteinander nicht reden oder dass es fehlende Informationen gibt, das muss ich jetzt gleich zurückweisen. Der Regionale Strukturplan Gesundheit 2025 wurde ja hier im Landhaus auch diskutiert, es gab auch mehrmalige Anfragen im Jahr 2017 schon, auf Seite 55 auch nachzulesen, was wir in den Regionen vorhaben, insbesondere mit dem Leitspital in Liezen vorhaben, oder Herr Kollege Schönleitner, Klubobmann Schönleitner, wenn du sagst, du forderst den Gesamteinblick ein von unseren Landesräten, naja, was ist das dann bitte, wenn wir den Gesundheitsplan vorlegen und 2035 den RSG 2025. Genau dieser Gesundheitsplan drückt diesen Gesamtblick aus. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und mehr. Der Kollege Meißl hat noch erwähnt oder den Vorwurf oder die Forderung gestellt, wir sollten Bedingungen schaffen, dass die Ärzte hingehen. Ja, genau das ist der Punkt. Genau das ist der Punkt, dass wir diese Bedingungen

schaffen wollen und auch schaffen werden, wenn wir ein Leitspital haben, mit einem breiten Leistungsspektrum, das uns dann eine bessere Qualität bieten kann, dadurch die bessere Gesundheitsversorgung, genau dann werden auch hier wieder Ärzte kommen, weil es spannend und interessant wird, meine Damen und Herren. Und wenn ich hier dazu gleich noch einmal in Erinnerung rufen darf, da haben die führenden Spitalsärzte des Bezirkes Liezen fachlich ihre Meinungen abgegeben und ich möchte sie ganz kurz noch einmal zitieren, vielleicht ist das auch schon in Vergessenheit geraten, das sind auch Expertinnen und Experten, die auch mit uns zusammengearbeitet haben, die vor Ort arbeiten. Die sagen, und ich zitiere jetzt den Dr. Karl Wohak, der sagt: „Eine größere Einheit garantiert eine hohe Behandlungs- und Ausbildungsqualität, die auch im niedergelassenen Bereich hochwertige Medizin für alle verfügbar macht“. Oder der Primarius Dr. Melzer sagt als ärztlicher Leiter des Spitalsverbundes Rottenmann – Bad Aussee, Sie werden ja die Herren Primare und Fachärzte ja kennen: „Faktum ist, dass der Weg in Zukunft bedingt, dass wir auch wachsen müssen, um unserer Ärzteschaft genügend verschiedene Fälle bieten zu können, um ihre beruflichen Erfahrungen - machen, und weiter ausbauen zu können, wie es der medizinische Fortschritt erfordert, sprich Fallzahlen“. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Oder der schon heute zitierte Primarius Miocinovic, der Leiter der chirurgischen Versorgung des Spitalsverbundes Rottenmann – Bad Aussee, und der sagt: „Im 21. Jahrhundert braucht es einfach eine andere Mindestgröße des Spitals, als im 20. Jahrhundert. Aus fachlicher Sicht ist daher das Festhalten an der noch aktuellen kleinteiligen Struktur eine Sackgasse“. Und der Dr. Kaulfersch sagt, Leiter der Abteilung für die Orthopädie und Traumatologie in Schladming: „Mit einem Leitspital kann die hohe Qualität der unfallchirurgischen und orthopädischen Expertise für die gesamte Bevölkerung in der Versorgungsregion auch zukünftig sichergestellt und weiter ausgebaut werden“. Soviel zur Versorgungsqualität, zitiert die Ärzte aus der Region. Meine Damen und Herren, wir, oder ich stehe heute da, um noch einmal die Chance und die Möglichkeit zu nutzen, um diese Botschaft noch einmal weiterzutragen, wir wollen die bestmögliche Gesundheitsversorgung für die Steirerinnen und Steirer, und daher ist das Leitspital ein wichtiger Teil der gesamten Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und aus unserer Sicht alternativlos. Und wir stehen heute da, um auch eine hochqualitative Gesundheitsversorgung in der Steiermark zu gewähren und sicherzustellen und Veränderungen sind daher notwendig. Und, ich möchte noch abschließend sagen, die Fragestellung, die ist schon einmal gestellt worden in der Anfrage am vorigen Dienstag im Landtag: Was passiert, wenn alles so bleibt, wie es ist? Und Sie wissen auch alle,

dass es jetzt schon schwierig ist, der Herr Landesrat hat es x-Mal schon erwähnt und Sie als lokale Abgeordnete wissen das auch und regionale Abgeordnete, dass es jetzt schon schwierig ist, bestehende Krankenhäuser aufrecht zu erhalten. Es ist jetzt schon schwierig, auch ebenso Abteilungen aufrecht zu erhalten, weil auch das Personal fehlt. Und vielleicht geht es jetzt wirklich wieder um die Attraktivität eines Krankenhauses, ich habe die Ärzte zitiert, dass wir dann auch wieder Ärztinnen und Ärzte und Personal, Pflegepersonal in die Region vermehrt bekommen. Und ich gestehe natürlich auch der Opposition zu, dass sie Kritik übt, oder dass sie das kritisch betrachtet, aber ich würde mir mehr konstruktive Kritik wünschen, oder die Ideen im Interesse der Bevölkerung, die Sie da immer glauben, hier hereinzubringen, die vermisse ich. Sie sagen nur, Sie haben so abgestimmt und die Fragestellung ist auch noch einmal heute hier zitiert worden, ich vereinfache es jetzt ja: Wollen Sie die Krankenhäuser schließen, die drei, oder wollen Sie ein Leitspital? Also, so vereinfache ich jetzt diese Umfrage, dann ist es klar, nein, wenn ich betroffener Bürger oder Bürgerin bin, werde ich mit Sicherheit auch sagen, nein, ich will das nicht so. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir den Sonderlandtag jetzt nutzen, um auch einmal die Fakten und Daten noch einmal auf den Tisch zu legen und ich hoffe, dass unsere Argumente auch ein Teil oder ein kleiner Beitrag waren, um die Bürgerinnen und Bürger in der Region für ein Leitspital zu überzeugen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.25 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes noch einmal zu Wort gemeldet der Herr Kollege Albert Royer. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Royer – FPÖ (11.25 Uhr): Frau Präsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag!

Nur ganz kurz ein paar Sachen zur Klarstellung. Zur Frau Abgeordneten Pichler-Jessenko, unter Punkt 4 bei unserer Fragestellung war das Wort Erhebung nicht drinnen. *(LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Habe ich gerade mit Herrn Abgeordneten Hermann geklärt. Der Herr Abgeordnete Hermann hat Recht!“)* Also das einmal, und dann natürlich zur Abgeordneten Michaela Grubesa, nur ein paar Klarstellungen, dann höre ich schon wieder auf. Das Erste ist, Schneechaos, das war heuer im Jänner 2019. Du weißt genau, dass die BISS schon wesentlich länger läuft, du weißt auch, oder du kannst es wahrscheinlich nicht wissen, Philip Königshofer, unser Pressesprecher, hat mir gestern einen eigenen Presseartikel von mir gezeigt aus dem Jahr 2015, wo wir im Jahr 2015 in der Region schon einen Spitalsverbund

gefordert und angedacht haben. Das hat mit dem Schneechaos einmal nichts zu tun. Die Planstellen bei der Polizei haben vorher schon gefehlt, wir arbeiten natürlich an einer Verbesserung der Lage, aber das war schon die Vorgängerregierung, möchte ich auch ganz klar sagen. *(Beifall bei der FPÖ)* Zur Geschichte, dass du nachher ins Gasthaus gegangen bist, ja, soll so sein, wir waren gemeinsam bei der Kleinen Zeitung im Livestream, und ich bin dann eben heimgegangen und habe meine Stallarbeit gemacht, und habe gut gelaunt meine Kühe gemolken, und ich schäme mich nicht dafür. *(Beifall bei der FPÖ)* Und jetzt kommt etwas, was eigentlich ganz kindisch ist, was ich normaler Weise nicht tue, aber die Frau Abgeordnete hat so angefangen, jetzt spielen wir eben das kindische Spiel fertig. Die Gemeindeergebnisse der fünf Abgeordneten im Bezirk Liezen: Goldmedaille, gratuliere, Lambert Schönleitner, 78 % deiner Gemeindebürger haben deine Meinung, du hast gewonnen. *(Beifall bei der FPÖ)* Silbermedaille habe ich selber, 29 % meiner Gemeindebürger haben meine Meinung, also zweiter Platz, ja. *(Beifall bei der FPÖ)* Bronzemedaille immer noch der Armin Forstner, St. Gallen, 20 % deiner Gemeindebürger haben deine Meinung. *(Beifall bei der FPÖ)* Vierter Platz, der Nationalratsabgeordnete Mario Lindner, 18 % seiner Gemeindebürger haben seine Meinung. Fünfter Platz und letzter Platz, aber einer muss letzter sein, die Abgeordnete Michaela Grubesa, *(LTAbg. Grubesa: „Das war der Standort!“)* 10 % deiner Leute in Aussee haben deine Meinung. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 11.28 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Sandra Krautwaschl. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.28 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Ich kann und werde mich an dem Medaillenspiel nicht beteiligen, aber ich bin nochmal herausgekommen, weil auch ich mich zu denjenigen zähle, denen die bestmögliche Gesundheitsversorgung der Menschen in diesem Land ein extrem wichtiges Anliegen ist, allein schon aufgrund meines Berufes und weil ich mit ganz vielen Menschen arbeite, die teilweise darunter leiden, dass eben die Versorgung noch nicht so aufgestellt ist, wie sie sein könnte. Und ich unterstelle niemandem in diesem Raum, ausdrücklich niemandem, dass er nicht auch das Beste will. Aber, und das ist für mich sehr entscheidend, und wir haben das im gestrigen Gesundheitsausschuss auch wieder gehört, damit Gesundheitsversorgung

funktioniert, und damit Gesundheit bei den Menschen funktionieren kann, Heilung, Linderung funktionieren kann, Verbesserung von Beschwerden, ist eines ganz entscheidend, und das erlebe ich immer in meiner Praxis auch, nämlich Vertrauen. Und dieses Vertrauen in die bestmögliche Versorgung im Bezirk Liezen ist, aus jetziger Sicht, und das belegen ja die Fakten, das bestreitet ja auch niemand, auch der Herr Landesrat hat es nicht bestritten, nicht in dem entsprechenden Ausmaß gegeben. Das ist ein Faktum. Wir haben gestern vom Herrn Patientenanwalt Bachinger im Gesundheitsausschuss auch gehört, es braucht sogar noch ein bisschen mehr als vielleicht nur Vertrauen, es braucht auch manchmal Empathie, nämlich Empathie, wenn es darum geht, dass man in extrem heiklen Situationen, und Menschen, die medizinische Hilfe brauchen, sind meistens, vor allem, wenn es Spitzenmedizin anlangt, in extrem heiklen Situationen, auch verstehe, dass Menschen nicht immer erstens nur auf Basis rationaler Argumente erreichbar sind, aber dass sie vor allem dann auch ein Verständnis dafür brauchen, was es im Gesamten verlangt, um eine Versorgung sicherzustellen. Und wenn man in diesem Bezirk, sowie in der ganzen Steiermark, eben erlebt, dass es sowohl im niedergelassenen Bereich, und ich erlebe das ja immer wieder selber, wie dann Patienten da auch herumgeschickt werden, weil hier eben noch nicht das bestmögliche bis jetzt geschehen ist, als auch im stationären Bereich, das ist eben in diesem Bezirk so, das haben wir auch immer wieder betont, Lambert Schönleitner hat es letztens bei der Aktuellen Stunde gerade gesagt, eigentlich Versorgung reduziert wird, und zwar geht es mir da nicht nur um die Betten, sondern es geht darum, ist das, was gebraucht wird, verfügbar. Ist es für alle Menschen verfügbar, ist es als Kassenleistung verfügbar. Und wenn wir dann immer wieder hören, und das kommt sehr wohl auch immer wieder, ganz speziell bei Anträgen, wo es mir um die niedergelassene, niederschwellige wohnortnahe Versorgung geht, dass das ja nicht hergestellt werden kann, oder eben nur teilweise, und ich finde auch diese Pilotprojekte gut, die Gesundheitszentren gut, aber die sind eben noch nicht in der entsprechenden, wie soll ich sagen, die sind von den Menschen noch nicht entsprechend aufgenommen worden, weil sie eben auch noch nicht vorhanden sind, und weil sie dann unkonkret bleiben, oder immer wieder geblieben sind, gerade in diesem Bezirk, wo, was, wieviel, wie wird das sichergestellt, wie wird das dauerhaft finanziert, dann ist es einfach kein Wunder, dass dieses Vertrauen noch fehlt und dass die Menschen das dann auch in diesem Fall im Bezirk Liezen so zum Ausdruck bringen und prinzipiell finde ich es ja gut, dass Sie das als Auftrag sehen, das würde ich an Ihrer Stelle auch, weil sonst wird dieses Misstrauen weiter bestehen und man kann die Menschen dann nicht gut versorgen, wenn sie mit einem so großen Misstrauen, wie

es in diesem Bezirk zum Ausdruck gebracht wurde, auch wenn Sie es bestens meinen, dem gegenüberstehen. Das wird meiner Ansicht nach nicht funktionieren. Und wir haben unlängst gerade einen Runden Tisch gehabt, wo ich auch dabei war, dankenswerter Weise, zur Stärkung der allgemeinmedizinischen Versorgung und der Primärversorgung. Genau über diese Zentren auch, die Sie hier immer erwähnen und für die ich mit großer Leidenschaft eintrete, wenn sie entsprechend ausgestattet und aufgestellt sind. Und da hat die Dr. Siebenhofer-Kroitzsch, die ja das Institut für Allgemeinmedizin leitet, etwas sehr Wichtiges gesagt aus meiner Sicht. Sie hat nämlich gesagt, eine ausreichende Anzahl an allgemeinmedizinischer Versorgung, an Hausärzten und zusätzlich Primärversorgern, also sprich, allen, die auch Kollegin Holasek schon erwähnt hat, Psychotherapie, Physiotherapie, Pflege, usw., das reduziert die Sterblichkeit, das stellt sicher, dass Fehlversorgungen reduziert werden, das ist ganz entscheidend für eine Erhöhung der Lebenserwartung. Das heißt, ich bin sehr wohl eine, die versteht, dass unsere Gesundheitsversorgung und der gesundheitspolitische Auftrag eines Landes nicht an den Spitalstüren endet, sondern dass es genau darum geht, einmal das sicherzustellen, und den Menschen auch in diesem Bezirk, in Bad Aussee, in Rottenmann, in Schladming und im ganzen Rest des Bezirkes zu zeigen, wie soll das in Zukunft aussehen. Und das ist in diesem Fall einfach noch nicht gelungen. Und, ja, manchmal habe ich persönlich diesbezüglich auch Empathie vermisst, in dem, wie diese Veranstaltungen aufgezogen wurden, aber darum geht es letztlich gar nicht. Letztlich geht es darum, ist dort schon etwas sichtbar, was die Menschen Ihnen glauben, und können wir das sozusagen den Menschen erklären, dass das wirklich besser wird. Und das Versprechen, dass es besser wird, haben Sie immer, und immer wieder abgegeben. Und ich glaube Ihnen auch, dass Sie daran glauben und ich glaube auch, dass Sie das wollen, aber letztlich geht es darum, wenn wir Gesundheitsversorgung ganzheitlich sehen, können wir die Menschen da mitnehmen, können wir sie überzeugen, dass das eine Richtung ist, die für Sie wirklich etwas verbessert. Wie gesagt, ich glaube, dass da hier noch einiges fehlt, um dieses Vertrauen wirklich zu erzeugen. Letztlich ist es sicher Verantwortung von allen, und da richte ich mich auch noch einmal an alle, hier mitzuwirken, aber, und das finde ich auch sehr schön, was die Claudia gesagt hat, letztlich geht es auch darum, Verbesserungen zu erwirken durch das, dass man das jetzt ernst nimmt, dass die Bevölkerung hier noch nicht mit kann. Und da würde ich Sie einfach bitten, Herr Landesrat, lassen Sie einfach Ehrlichkeit walten, stellen Sie Vertrauen her und versprechen Sie nicht Dinge, die Sie dann nicht halten können, dann wird das Vertrauen der Bevölkerung vielleicht beim nächsten Mal, wenn neue Pläne vorliegen, größer

werden. Aber da fehlt noch einiges, und deswegen ist auch unsere Haltung, zurück an den Start, die Dinge noch einmal neu betrachten, sichtbar machen und erklären, was sind Gesundheitszentren und was kann dort geleistet werden. Der Herr Mag. Koren hat einmal in einem Runden Tisch gesagt: „Kleine chirurgische Versorgung“. Wenn ich dann nachfrage, heißt es, das ist dort überhaupt nicht, das ist ja kein Facharztzentrum. Und wenn ich als Abgeordnete, die selbst in einem Gesundheitsberuf tätig ist, teilweise noch kein klares Bild habe, was wird da wirklich sein, und wie wird das wirklich finanziert, dann darf man sich nicht wundern, dass die Bevölkerung das auch noch nicht versteht und dann ist es auch relativ irrelevant, ob man das jetzt Gesundheitszentrum oder Primärversorgungszentrum nennt. Solange die Leute keine Vorstellung davon haben, wird es nicht funktionieren. In diesem Fall sehe ich das Ganze eben auch als Chance, hier weiter tätig zu sein und im Sinne der bestmöglichen Gesundheitsversorgung hier wirklich weiter zu arbeiten in diesem Bezirk. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen- 11.36 Uhr)*

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet ist Landesrat Christopher Drexler. Bitte schön, Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Drexler - ÖVP (11.36 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegin, Kollege auf der Regierungsbank, meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete und sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf vorweg sagen, dass das eigentlich eine in weiten Teilen sehr interessante Debatte war, möchte aber, bevor ich mich der widme, kurz eine Geschichte aufklären, weil der Klubobmann Hermann der Meinung war, ich hätte mich lächerlich gemacht oder lustig gemacht über die Anfrage. Das muss ich wirklich zurückweisen. Die einzige Frage, die ich ein wenig eigentümlich gefunden habe, war die, wie die Kommunikation in der Landesregierung läuft. Das habe ich etwas launiger beantwortet, ansonsten glaube ich nicht, dass hier irgendetwas lächerlich gemacht wurde oder ich mich lustig gemacht habe. Der einzige Fehler, der mir passiert ist, und nur mir ist der Hinweis auf das Wort Erhebungen, aber der ist tatsächlich einer missverständlichen Passage in meinen Unterlagen anzulasten, ist also mein Fehler, daher geht auch der Ordnungsruf an die Frau Abgeordnete auf meine Kosten und insofern ist das auch aufgeklärt. Ich möchte aber dann bei der Frau Abgeordneten Krautwaschl gleich beginnen, denn das war eine sehr bemerkenswerte Wortmeldung, die eigentlich zu 80/90 % meine Zustimmung findet, weil, wir haben mit anderen Worten das

Gleiche ausgedrückt. Wenn Sie sagen, noch ist das Vertrauen nicht da, stimme ich Ihnen zu. Noch ist das Vertrauen nicht da. Wenn Sie sagen, daher ist das gut, dass ich das Ergebnis als Auftrag nehme, ja, genau deswegen nehme ich das Ergebnis als Auftrag, weil ich genau dieses Vertrauen herstellen will. Das ist mit anderen Worten nichts Anderes, als wenn ich sage, ich will die Verunsicherung abbauen und Ängste nehmen. Sie können es auch positiv formulieren, ich will Vertrauen herstellen. Ich habe heute auch bei der ersten Antwort genau davon gesprochen, dass es mir auch um die emotionale Komponente eines solchen Projektes geht. Das ist nämlich genau das, was man auch Vertrauen dann nennen kann, wenn es um eine emotionale Bindung zu diesem und anderen Projekten geht, und daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleibt es natürlich dabei, dass ich diesen Auftrag sehr gerne annehme und im Interesse der bestmöglichen Versorgung um dieses Vertrauen, das Frau Abgeordnete Krautwaschl angesprochen hat, um dieses Vertrauen möchte ich eigentlich kämpfen, dieses Vertrauen möchte ich herstellen, weil Sie haben völlig recht, unsere Gesundheitsversorgung kann nur gut funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in sie haben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und selbstverständlich ist auch alles, was wir gestern im Gesundheitsausschuss diskutiert haben, alles, was wir gestern seitens KAGes und Medizinuniversität im Zusammenhang mit der Herzchirurgie unternommen haben, all das, was wir im Zusammenhang mit dem Schadensmanagement, der Schadensabwicklung und den Schlichtungsverfahren in Angriff genommen haben, hat natürlich auch den Sinn und den Zweck, an diesem Vertrauen zu arbeiten. Ich darf aber auf einige Punkte, die gekommen sind, vielleicht ganz kurz eingehen, weil einige Argumente vielleicht doch nicht ganz richtig waren aus meiner Sicht. Zum einen, weil es der Herr Klubobmann Hermann gesagt hat, die Inserate der KAGes. Ich kann Ihnen sagen, es gab keine Inserate der KAGes, und was Sie gemeint haben, war einzig und allein der Hinweis auf ein Fotorecht, das Copyright für das Foto vom Kollegen Melzer, das ist, glaube ich, ein KAGes-Foto, deswegen steht im Kreis – KAGes, das ist aber kein Impressum für das Inserat. Die KAGes hat kein einziges Inserat bezahlt, dankenswerter Weise hat meine Landespartei mir geholfen, auch solche Inserate zu finanzieren. Dann darf ich Ihnen sagen, dass ich schon eines sagen möchte, ich weiß, dass ein Gutteil der Motivfrage für ein Nein bei dieser Volksbefragung vielleicht der Grundstimmung entspringt, die heute in der Diskussion auch zum Ausdruck gekommen ist, ja, ist das nicht alles Teil der Ausdünnung des ländlichen Raums. Und wie geht das insgesamt weiter mit dem ländlichen Raum. Das ist völlig richtig. Das lasse ich mir auch sehr gerne einreden beispielsweise für die Stimmungslage bei der

Befragung im Osten des Bezirkes, beispielsweise. Aber wissen Sie, wenn die Stadtgemeinde Schladming der Meinung wäre oder irgendein Schladminger oder eine Schladmingerin der Meinung wäre, dass Schladming ein gutes Beispiel für die Ausdünnung des ländlichen Raums ist, dann muss ich Ihnen ehrlich sagen, bei all meiner Liebe zu Schladming, und ich glaube, dass ich die Stadt einigermaßen gut kenne, aber Schladming ist kein Beispiel für die Ausdünnung des ländlichen Raums, mit oder ohne Klinik Diakonissen Schladming. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das gilt im Übrigen mit leichten Abweichungen auch für die ebenso wunderschöne Stadt Bad Aussee. Herr Abgeordneter Meißl, ich sehe ihn gerade nicht, ist aber „wurscht“, aber an den Abgeordneten Meißl gerichtet, wenn er erzählt, dass es meine Verantwortung wäre, den von ihm konstatierten Spitalsärztemangel zu bekämpfen, kann ich sagen, erstens, wir haben hier natürlich das Problem alle Dienstposten zu besetzen und in kleinen Krankenanstalten wie Bad Aussee und Rottenmann sicher noch deutlicher. Wir haben insgesamt 80 ärztliche Dienstposten derzeit nicht besetzt in der gesamten Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft, das ist ein permanentes Bemühen. Aber eines darf ich schon sagen, das Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz ist hier ein wesentlicher Punkt. Der Abgeordnete Meißl war mit mir gemeinsam bei der Frau Bundesministerin Hartinger. Wir haben dort, weil ja die Freiheitlichen hier im Landtag erklärt haben, dass man alles Gold Plating im Landesrecht beseitigen sollte, und ich damals gesagt habe, das KAAZG ist ein klassisches Beispiel für Gold Plating auf der Bundesebene, man möge das beseitigen. Ich appelliere noch einmal an die Freiheitlichen, es schaut jetzt nämlich wieder so aus, dass diese Novelle zum Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz nicht jedes Gold Plating beseitigen würde. Arbeiten wir gemeinsam daran, dass wir die Frau Bundesministerin überzeugen, dass das Gold Plating beim Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz insgesamt hinweggefegt werden sollte. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das wäre ein Beitrag für die steirische Spitalsreform. Dann darf ich noch vielleicht eines sagen, weil die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler offensichtlich den Beitrag der Frau Abgeordneten Kolar nicht hundertprozentig nachvollziehen konnte. Da ist nämlich eines noch zu sagen, dass, und der Klubobmann Hermann natürlich gesagt hat, mein Gott, das ist eine 20 Jahre alte Debatte, dann sage ich Ihnen, Herr Klubobmann, Sie kommen ja auch mit meinen Zitaten von vor 12, 13 Jahren immer daher und Sie haben natürlich recht, dass sich die Dinge ändern, aber das Entscheidende war damals schon, dass die Diskussion insofern vergleichbar war, weil man ja einen Spitalsverbund in Judenburg gemacht hat. Die FPÖ war damals dagegen und das charmante an der damaligen Gesundheitssprecherin Beate Hartinger, die ich im Übrigen ja schätze, und auch mag, wie ich im Zentrum gesagt habe, war,

dass sie gesagt hat: „Hartinger glaubt, dass diese Entscheidung in spätestens fünf Jahren zurückgenommen werden müsse und dann alle Leistungen in einem Spital anzubieten sind“. Gegenargument gegen den Verbund. „Deshalb solle sofort ein LKH-Neubau in Angriff genommen werden“. Das ist die konkrete Meldung von damals. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und wissen Sie, Herr Klubobmann Hermann, das Zitat mag 20 Jahre alt sein, aber das ist so eingängig und einschlägig einfach in diesem Zusammenhang als Vergleich, dass man es einmal erlauben sollte, auch ein älteres Zitat zu nehmen und im Übrigen bringt es mich zu einem ganz wesentlichen Argument, weil Sie ja bei Ihrem sogenannten Plan B, und all diesen Überlegungen, immer sagen, das haben Sie ja auch gut Ihren Funktionären sozusagen vermittelt, dass sie das bringen, auch bei der Bürgerversammlung in Schladming ist es gebracht worden, und da, und dort. Ja warum gibt es im Murtal einen Krankenanstaltenverbund, und warum können wir das im Bezirk Liezen nicht machen? Also, wird Ihnen hoffentlich bekannt sein, im Bezirk Liezen gibt es ja längst seit ca. zehn Jahren einen Krankenanstaltenverbund, es handelt sich um den Krankenanstaltenverbund Rottenmann – Aussee, das ist eine Krankenanstalt im rechtlichen Sinn. Sonst könnten wir ja Aussee schon lange nicht mehr betreiben. Aber ich sage Ihnen, wenn man bloß die Klinik Diakonissen in den Verbund mitaufnimmt, sind die Probleme noch nicht geklärt und ich sage Ihnen auch, der Krankenanstaltenverbund ist manchmal ein gutes Mittel, aber es ist nicht das allein glücklich machende Mittel, und wir haben eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben Krankenanstaltenverbände meines Wissens im Bereich der KAGes, das ist ein probates Mittel, aber nicht das Mittel, das uns alle Probleme klärt, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, vieles richtig, möglicherweise haben Sie auch genau diese laueren Motive gehabt, wie Sie als Steigbügelhalterin der FPÖ fungiert haben bei dieser Volksbefragung, nämlich die laueren Motive, dass es um all das geht. Das glaube ich Ihnen vielleicht sogar, oder glaube ich Ihnen, von mir aus, aber dass die Freiheitlichen nicht ganz die wahltaktischen Motive und die Landtagswahl aus dem Denken verbannt gehabt haben, also da werden sogar wir zwei uns einig sein, Frau Klubobfrau. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und Ihr Beispiel, Sie haben ja völlig richtig darauf hingewiesen, dass wir bei der Diskussion um die Olympischen Spiele auch über eine Volksbefragung diskutiert haben, Gott sei Dank haben Sie völlig zu Recht zitiert, dass ich gesagt habe, ein Ergebnis einer Volksbefragung hätte einen gewissen politischen Wert. Aber Preisfrage, jetzt frage ich Sie, was glauben Sie, wie die Volksbefragung zu den Olympischen Spielen ausgegangen wäre, wenn wir nur im Bezirk

Liezen gefragt hätten? (*Präsidentin Khom: „Herr Landesrat, ich muss dich bitten, zum Schluss zu kommen!“*) Also ich nehme schon an, die Schladminger wären dafür gewesen (*LTabg. Dirnberger: „Ganz Liezen!“*), so wie die Schladminger jetzt dagegen waren. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Standort bestimmt manchmal den Standpunkt, das konnte man am Sonntag auch in deutlicher Manier erkennen, 8911 in Aussee, 1189 in Stainach, keine weiteren Fragen. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Debatte, wir werden alles daran setzen, weiterhin im Interesse der Steirerinnen und Steirer an einer Gesundheitsversorgung zu bauen, die fit für das 21. Jahrhundert ist, die das Vertrauen der Steirerinnen und Steirer genießt, hoch vom Dachstein an bis nach Bad Radkersburg. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.48 Uhr*)

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Grünen und KPÖ, Einl.Zahl 3244/2 betreffend „Ergebnis der Volksbefragung macht Ausarbeitung eines Plan B unumgänglich“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, der FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 30. April 2019 mit Beginn um 10.00 Uhr statt. Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem, d. h., elektronischem Weg eingeladen.

Versuchen Sie zuerst, die positiven Dinge des Lebens zu sehen, bleiben Sie gesund, die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 11.50 Uhr)